

# Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.  
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich  
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.  
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart  
1. April 1912

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit  
sind zu richten an Frau Clara Jekin (Zunfel), Wilhelmshöhe,  
Post Begetloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich  
in Stuttgart, Furtach-Straße 12.

## Inhaltsverzeichnis.

Auf dem Vormarsch. — Unser Tag! Von Luise Bieg. — Aus dem  
Reiche der Kohle. Von W. Häusgen. — Der deutsche Frauenlongsch.  
Von Mathilde Wurm. (Schluß.) — Das Frauenwahlrecht im säch-  
sischen Landtag.  
Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Von den Organisationen.  
— Eine Konferenz der Dresdener Genossinnen. — Agitations-  
literatur. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche  
Rundschau. — 50 000 weibliche Mitglieder im Deutschen Textil-  
arbeiterverband. Von Wilhelm Köffel. — Aus der Holzindustrie.  
Von H. — Streiks und Aussperrungen im Schneidergewerbe. Von  
S. Stähler. — Ein gewerkschaftlicher Tarifkonflikt. Von Gertrud  
Lodahl.  
Notizenteil: Dienstabfrage. — Frauenstimmrecht. — Frauen-  
bewegung. — Schul- und Bildungsweisen. — Verschiedenes.

## Auf dem Vormarsch.

Über die Welt flammen die zuckenden Blitze des Kampfes  
zwischen den großbritannischen Kohlengräbern und ihren kapita-  
listischen Ausbeutern. Fast ein Monat ist verstrichen, seit die  
Grubenklaven zu „Meuterern“ wider jene geworden sind,  
die die kapitalistische Ordnung zu ihren Herren gesetzt hat.  
Am 29. Februar haben mehr als eine Million englischer Berg-  
arbeiter in ruhiger, aber unerschütterlicher Entschlossenheit die  
Arme gekreuzt. Und bis heute beharren sie bei ihrer Weige-  
rung, durch ihr Mühen in der Tiefe, oft den Tod im Nacken,  
eine Handvoll Prozen zu bereichern, die ihren wahren Schöpfern  
und Erhaltern nicht einmal genügend Brot gönnen. Denn ge-  
nügung Brot, das ist der Sinn der Forderung, die zum Aus-  
gangspunkt des Kampfes geworden ist: die Forderung eines  
Mindesttagelohnes für alle unterirdisch beschäftigten Arbeiter,  
der auch bei sogenannten anormalen Stellen des Flöztes er-  
reicht werden muß. Der Streit der Bergarbeiter trifft Eng-  
lands Wirtschaftsleben an der Wurzel. Von der Rolle ab-  
gesehen, die die Kohle in der täglichen Haushaltung für jeden  
spielt, bedarf die kapitalistische Produktion ihrer wie unser  
Körper der Nahrung. Die eingestellte Kohlenförderung hat  
Hunderte von gewerblichen Betrieben stillgelegt, hat zur Ein-  
schränkung des Eisenbahn- und Schiffsverkehrs gezwungen und  
macht sich in ihren Folgen in den überseeischen Häfen und  
auf dem Weltmarkt fühlbar. Nahezu eine weitere Million  
großbritannischer Arbeiter und Arbeiterinnen müssen feiern,  
weil die fleißige Hand der Kohlengräber nicht mehr den kunst-  
reichen Mechanismus speist, an dem die Proletarier dem Kapi-  
talismus fronen.

Der wirtschaftliche Kampf der darbenenden Knappen ist zum  
bedeutendsten politischen Ereignis geworden, das das Parla-  
ment und die Regierung in Atem hält. Die Regierung hat  
vergeblich zwischen den kämpfenden Heerlagern zu vermitteln  
versucht. Die ausschlaggebenden Grubenherren möchten sich  
auch nicht um Strohhalmbreite ihre Profite dadurch schmälern  
lassen, daß künftig sie und nicht wie bisher ihre Lohnsklaven  
die Unkosten schlechter Abbaustellen tragen. Die Bergarbeiter  
aber lehnen es auf das bestimmteste ab, noch weiterhin sich  
diese Last aufbürden zu lassen und mit ihrem Fleiß und ihrem

Hunger für einen Teil des Unternehmerrisikos aufzutommen.  
Ihre ruhige Festigkeit hat die Regierung und die Mehrheit  
des Unterhauses eine Wegstrecke vorwärts getrieben, die noch  
kein anderer großer kapitalistischer Staat beschritten hat, ja  
die nur zu betreten von allen — auch von Großbritannien —  
zurückgewiesen wurde. Die englische Regierung brachte einen  
Gesetzentwurf ein, der für die Bergarbeiterschaft den Grund-  
satz des Mindestlohnes anerkennt. Und diese Bill ist in der  
entscheidenden zweiten Lesung des Parlaments mit der starken  
Majorität von 348 gegen 225 Stimmen angenommen worden.

Das bedeutet einen Bruch mit der Tradition und einem  
heilig gehaltenen Grundsatz des kapitalistischen Staats. Da-  
nach darf sich nämlich die Gesetzgebung nicht in die Ver-  
teilung des Produktionsertrags zwischen Arbeit und Kapital  
in privaten Betrieben einmischen, diese Verteilung muß viel-  
mehr dem freien Spiel der Kräfte zwischen den beiden ringen-  
den Parteien überlassen bleiben. Dieser prinzipielle Standpunkt  
ist nicht — wie es scheinen könnte — in Viktoria, dem englischen  
Kolonialstaat, und England durch Festsetzung von Minimal-  
löhnen in der Heimindustrie über Bord geworfen worden. Die  
Gesetzgeber haben dabei ausdrücklich betont, daß die besondere  
Lage der Heimarbeiter auf ihrer Seite das Spiel der  
Kräfte bindet, das sonst für „freie“ Proletarier über die Höhe  
ihres Lohnes entscheidet. Mit dem Gesetzentwurf der englischen  
Regierung hat somit tatsächlich ein bis nun verworfenes  
Prinzip der sozialpolitischen Gesetzgebung triumphiert.

Jedemoch: den ausständigen Bergarbeitern genügt dieser  
Triumph nicht. Mindestaffordsätze haben sie sich bereits seit  
langem durch den gewerkschaftlichen Kampf errungen; Mindest-  
affordsätze, die sich nach dem Preise der Kohle richten, und  
bei denen der wirkliche Verdienst von der Menge und Güte  
des geförderten Materials abhängt. Er sinkt folglich mit jeder  
unergiebigen Stelle des Flöztes, mit jeder Strecke, die be-  
sondere Bau- und Sicherheitsarbeiten der Grubenproletarier  
nötig macht, und sein Sinken peitscht diese zu den höchsten  
Kraftanstrengungen auf. Gerade um dieser Wirkung halber  
ist das geltende Entlohnungssystem der Zechenbarone so fest  
aus treue kapitalistische Herz gewachsen. Was die Bergarbeiter  
durch ihren Kampf ihren Ausbeutern abzwängen wollen, sind  
eben nicht Mindestlöhne schlechthin, sondern bestimmte Mindest-  
tagesverdienste, die die Verteuerung der Lebenshaltung in den  
letzten Jahren zur Notwendigkeit macht, soll dem Elend ge-  
wehrt werden. Deshalb ist den Bergarbeitern mit der Ge-  
gebung der Gesetzgeber vor dem Prinzip der Mindestlöhne  
nicht gedient. Sie fordern, daß das Prinzip Leben und Ge-  
stalt durch die praktische Anwendung auf ihre besonderen Ver-  
hältnisse findet. Des Lebens Härten haben sie zu Realpolitikern  
gemacht, für die Heinrich Heines Verse gelten:

„Im hungrigen Magen Eingang finden  
Nur Suppenlogik mit Knödelgründen,  
Nur Argumente von Rinderbraten,  
Begleitet mit Göttinger Wurst-Zitaten.“

Eine Konferenz der Bergarbeiter beschloß, daß die Regie-  
rungsvorlage unannehmbar sei, solange sie nicht die auf-

gestellte Lohnliste für die Häuer in jedem einzelnen Distrikt enthielte sowie die Festlegung eines Mindesttagelohns von 5 Schilling für alle Schichtarbeiter und von 2 Schilling für die vierzehnjährigen Hilfskräfte. Den Grubenproletariern kann der gesetzliche Wechsel in blanko auf den Mindestverdienst nicht genügen, die Ausfüllung des Wechsels aber durch besondere Distriktsämter, unter Vorsitz eines sogenannten Unparteiischen, weisen sie als einen Versuch ab, sie um den Erfolg ihres entsagungreichen Kampfes zu prellen. Das gebrannte Kind scheut das Feuer! Auf Grund ihrer Erfahrungen erblicken die englischen Bergarbeiter in den Einigungsämtern Verschleppungsinstitutionen zu Nutz und Frommen der Kapitalisten; in dem Unparteiischen letzten Endes den Vertrauensmann dieser Herren; in der Errichtung von Distriktsämtern das Mittel, die jetzt endlich einheitlich zusammengefaßte Masse des Grubenproletariats zu teilen und — zu beherrschen. Das ihrer Forderung entsprechende Amendement der Arbeiterpartei ist vom Ministerpräsidenten Asquith in schärfster Weise bekämpft, vom Parlament verworfen worden. So hat sich zu dem Kampfe zwischen Bergleuten und Zechenrittern ein zweiter gesellt, der zwischen den Bergleuten und der Regierung wie dem Parlament ausgefochten wird.

Es ist müßiges Beginnen, darüber zu prophezeien, ob wohl bis zur dritten Lesung der Mindestlohnbill noch ein Kompromiß zwischen den Bergarbeitern und der Regierung mitsamt der Parlamentsmajorität zustande kommt, ob dann die Vorlage die Zustimmung der geborenen Gesetzgeber im Hause der Lords erhält. Mit anderen Worten: ob der nackte Hunger die auffässigen Grubenklaven zwingt, ihren Schwur preiszugeben, nicht eher wieder die Hacke anzusetzen, bis ihre Forderungen in den wichtigsten Punkten erfüllt seien. Jedenfalls steht schon heute die ganz außerordentliche Tragweite dieses Ringens fest, des gewaltigsten Lohnkampfes, den die Geschichte des internationalen Proletariats kennt.

Schon daß dieser Riesenkampf gewagt wurde, gewagt werden mußte, erhärtet lichtvoll den Umschwung, der sich in dem Fühlen und Denken des englischen Proletariats im allgemeinen und der Bergarbeiter im besonderen vollzieht, zeigt zwingend auf die treibenden Kräfte des Umschwunges hin: die Verschärfung der Klassengegenätze, die mit der zunehmenden Reife der kapitalistischen Wirtschaft durch alle von dieser erfaßten Staaten schreitet. Der rauhe Schrei nach Brot, den die verteuerte Lebenshaltung den Nehlen der Bergarbeiter abpreßt, überdönt die süß säuselnden Schalmeyen, die das Lied von der sozialen Harmonie und vom sozialen Frieden singen, er gesellt sich dem Ruf der Schlachthörner und dem Waffengeklirr, die von den Feldern des Klassenkampfes klingen. Der Wille zum Kampf ist geboren worden und mit ihm die Einheitlichkeit und Geschlossenheit des Grubenproletariats.

Im ersten Kühnen und doch — soweit man aus der Ferne urteilen kann — wohl vorbereiteten Ansturm hat die riesige Massenaktion bereits mehr erreicht als die zahllosen, zersplitterten Teilkämpfe und Verhandlungen langer Jahre, so unvermeidlich diese früher gewesen sein mögen und so manche ansehnliche Errungenschaften die Bergarbeiter ihnen verdanken. Wohl haben die Forderungen der Kohlengraber heute noch den starren Widerstand der hochmögenden südwaliser Grubenbesitzer gegen sich, den zähesten Verfechtern des kapitalistischen Herrenstandpunktes und der nimmersatten Profitgier. Die meisten übrigen Bergwerksunternehmer sind dagegen zu weitgehenden Zugeständnissen bereit. Welches immer für die Bergarbeiter der augenblickliche Ausgang der großen Schlacht sein mag: durch ihre Wirkungen erschreckt, werden die Zechenkapitalisten nicht mehr lange vorenthalten können, was für ihre Lohnklaven zur Existenznotwendigkeit geworden ist. Die gesetzgebenden und regierenden Gewalten aber des kapitalistischen Englands sind durch die mutige und planvolle Massenaktion weiter vorwärts gezwungen worden, als sie sich in all diesen Jahren durch die grundlossten Kon-

zessionen und das Abschwören des Klassenkampfes seitens der Arbeiterpartei vorwärtsschmeicheln ließen.

Jedoch die greifbaren Ergebnisse des Kampfes werden an lebendiger, fortzuziehender Kraft von seinen zunächst noch unfassbaren, unmeßbaren Wirkungen im Bewußtsein der ausbeutenden und ausgebeuteten Klassen überragt. Der Streik der großbritannischen Bergarbeiter hat den Ausbeutern der ganzen Welt einen Vorgesmack von der Bedeutung der Tatsache gegeben, an die das Proletariat durch das Wort Herweghs erinnert wird: „Alle Köder stehen still, wenn dein starker Arm es will“. Er hat die Schauer der Mahnung durch ihr Gebein gejagt, daß sie letzten Endes heute nur noch von der Gnade, dem Unverstand ihrer Lohnklaven die Herren dieser kapitalistischen Welt sind. Dem regierenden Liberalismus in England hat die Erscheinung des Millionenheeres Streikender das arbeiterfeindliche Lächeln auf den Lippen erstarren lassen. Nicht einmal die 66 liberalen Parlamentsmitglieder, die ihre Wahl den Bergarbeitern verdanken, sind dafür eingetreten, daß die geforderten Mindestlöhne in die Gesetzesvorlage aufgenommen werden. Und die Regierung hatte wohl für die kämpfenden Proletarier die honigmilden Worte von Vermittlungsvorschlägen, von prinzipieller Anerkennung ihrer Forderungen durch die Gesetzgebung, aber an realen Zugeständnissen, die sich in bares Geld ummünzen lassen, will sie auch nicht ein Quentchen mehr geben, als die Kraft der Streikenden selbst zu ertrogen vermag. Für die Grubenherren hingegen hatte sie praktischere Dinge bereit: Polizei und Militär zum Schutze der kapitalistischen Unordnung und im Bunde damit die Justiz des Klassenstaats. Die Verhaftung des Gewerkschaftsführers Tom Mann wegen einer Aufforderung an die Soldaten, nicht auf Streikende zu schießen, die Verurteilung des Sozialisten Bowman wegen des gleichen „Verbrechens“ zu sieben Monaten Gefängnis, der beiden Drucker zu je sechs Monaten, das sind Ereignisse, die sich für die Engländer der Moabiterei und den Blutsprüchen deutscher Richter wider Streikfänger zur Seite stellen und den tiefen Haß gegen das Proletariat befunden, der augenblicklich die besitzenden Klassen Großbritanniens schüttelt. Der Massenstreik der Bergarbeiter ist von ihnen in seinem Charakter und seinen Folgen als revolutionäres Ereignis begriffen worden.

Als solches wird er jedoch auch im Bewußtsein des Grubenproletariats, der Arbeiterklasse überhaupt empfunden werden und weiterwirken. Der Riesenansturm muß das Vertrauen der Ausgebeuteten in ihre Macht kräftigen und fest verankern. Gleichzeitig lenkt er ihre Blicke darauf, daß die unzerstörbaren, starken Wurzeln ihrer Kraft in der Bedeutung ihrer Arbeit für die gesellschaftliche Wirtschaft liegen, und daß nur eine einheitliche, geschlossene Massenaktion diese Macht löst und schöpferisch macht. Die Losungen zu solcher Aktion müssen aber aus der Tiefe kommen, sie müssen das Werk der Massen selbst sein, die sie durchzuführen haben. Auch zu dieser gewaltigen gesellschaftlichen Auseinandersetzung ist der Anstoß von den vielen unten ausgegangen und hat sich unbeirrt durch das verständliche Zaudern und Kompromißpredigen eines großen Teiles der Führenden durchgesetzt, eine Mahnung zum Bereitsein und Bereitmachen der Massen.

Was der Generalstreik der Bergarbeiter ins Bewußtsein der Herrschenden und Beherrschten in England geschrieben hat, das kann vorübergehend verblasen, aber nie mehr ausgelöscht werden. Niemals werden es die Herrschenden vermissen und vergeben, daß sie vor ihren Lohnklaven gezittert haben. Niemals wird aus dem Gedächtnis der Beherrschten die stolze Genugtuung darüber schwinden, daß sie sich zählten und dadurch ihre Weiniger erzittern machten. So bleibt eine reiche Saat neuer, kräftiger Antriebe für die künftigen Klassenkämpfe zurück, die auch das Proletariat Großbritanniens rascher um das sozialistische Banner scharen werden. In dem Wettern und Flammen dieser Klassenkämpfe vollzieht sich der Vormarsch des Proletariats in England zum Sozialismus!

## Unser Tag!

Genossinnen! Durch die Parteipresse ist euch bereits bekannt geworden, daß auch in diesem Jahre wieder ein „Frauentag“ stattfindet, eine Demonstration, die der Forderung des demokratischen Frauenwahlrechtes gilt. Der 12. Mai ist als Termin dafür in Aussicht genommen worden. Die Genossinnen verschiedener Nachbarländer haben bereits zugesagt, am gleichen Tage eine Frauenwahlrechtsdemonstration zu veranstalten. Der Frauentag am 12. Mai wird also eine internationale Demonstration für das volle Bürgerrecht des Weibes sein. Eure Pflicht, Genossinnen, ist es nun, jede Gelegenheit zu nützen, um Propaganda für den Frauentag zu machen und damit seinen glänzenden Erfolg sicherzustellen.

Es versteht sich von selbst, daß die Partei, die zugunsten der politischen Mündigkeitserklärung der Frau diese Demonstration veranstaltet, auch in diesem Jahre alles tun wird, was zur Boragitation dafür nötig ist. Der Parteivorstand hat die Bezirksleiter gehört, bevor der Termin festgesetzt wurde. Er hat die Generalkommission ersucht, die Aktion wiederum wie im vorigen Jahre zu unterstützen, und diese hat bereitwilligst versprochen, so zu verfahren. Die Gewerkschaftsblätter wird das Arbeiterinnensekretariat und die Parteiblätter das Frauenbureau mit Artikeln über die Bedeutung des Tages versorgen. Es sind die Redakteure aufgefordert worden, für den Frauentag zu wirken. Ein Flugblatt, das zur Agitation für die Versammlungen verbreitet werden soll, gelangt frühzeitig zur Versendung, und die Genossinnen müssen es als Ehrenpflicht betrachten, in großer Zahl anzutreten, wenn die politische Organisation seine Verbreitung vornimmt. Gleichzeitig mit dem Flugblatt kommt eine Resolution zur Versendung. Kein Ort, in dem wir eine politische Organisation haben, darf in diesem Jahre zurückstehen, überall müssen am 12. Mai Frauenversammlungen stattfinden mit dem Thema: „Her mit dem Frauenwahlrecht!“ Eine Frauenwahlrechtszeitung wird ebenfalls wieder im Verlag der „Gleichheit“ herauskommen. Sache der Genossinnen wird es sein, dafür zu sorgen, daß sie in weit größerer Anzahl als im vergangenen Jahre Verbreitung findet. Die Zeitung wird in diesem Jahre einen mehr agitatorischen Charakter tragen. Künstlerische Illustrationen sind vorgesehen, so daß wieder alles geschieht, die Zeitung zu einer wertvollen Gabe für die Frauen zu gestalten.

Drei Umstände werden sicher in diesem Jahre unserem Frauentag neue, mächtige Impulse geben. Da ist erstens unser prächtiger Wahlsieg zu nennen, der einen Triumph sondergleichen für die Sozialdemokratie bedeutet, und der ihr moralisches Ansehen und ihre Werbekraft stark erhöht hat. Der Wahlsieg und noch mehr der vorhergegangene kraftvolle Wahlkampf haben weite Kreise proletarischer Frauen zum politischen Leben erweckt, die nunmehr mit Freuden ihrem politischen Streben am 12. Mai demonstrativen Ausdruck geben werden.

Ferner wird begeistert auf unsere Veranstaltung der Umstand wirken, daß die sozialdemokratische Fraktion gleich zu Beginn des Reichstags einen Antrag auf Demokratisierung des Reichstagswahlrechtes eingebracht hat, der an der Spitze die Forderung des Frauenwahlrechtes enthält. Die rasche Einbringung dieses Antrags, schon zu Anfang der Session, hat bestätigt, was wir in unserem Überblick über den Wahlkampf sagten: die sozialdemokratische Partei wird, wie bisher, den Frauen Treue um Treue halten, sie wird den größeren parlamentarischen Einfluß nützen, um nach wie vor und nun erst recht für die politische Gleichberechtigung der Frau mit Eifer und Energie zu wirken.

Ganz sicher werden schließlich die gewaltigen wirtschaftlichen Kämpfe des In- und Auslandes ihre Rückwirkung auf unsere Proletarierinnen nicht verfehlen. Und wie in der Arbeiterbewegung überhaupt, so wird diese

Rückwirkung sich gleichfalls an unserem Frauentag zeigen. Gibt es doch für uns keinen besseren Anschauungsunterricht über die zwingende Notwendigkeit des Besitzes politischer Waffen, als die großen Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit, wie wir sie im Bergarbeiterstreik, in der Schneiderauspeerrung, in der Aussperrung der Porzellanarbeiter und anderen Lohnkämpfen vor uns sehen. Dieser Anschauungsunterricht wird um so überzeugender sein, wenn, wie beim Kohlengräberstreik, die Sozialdemokratie den Rotschrei der Ausgebeuteten vor das Parlament bringt. Denn alsdann zeigt es sich: Regierung und herrschende Klassen sind taub für den Ruf der Grubenflaven nach Brot, nach ein wenig freier Zeit, nach ein wenig Sonne für ihr trostloses, gefährvolles Dasein. Ja, schlimmer noch, dieser Ruf löst bei jenen, die in der Sonne wandeln, nur Ausbrüche des Bornes und des Hasses gegen die Enterbten aus. Die Sorge um den „geheiligten“ Profit läßt sie lauter und lauter nach gefeßlicher Anebelung der meuternden Grubenflaven verlangen, nach Eskamotierung des Koalitionsrechtes und nach brutaler Niederknüttelung der Ausständigen durch Gendarmen und Militär, und das leider mit Erfolg.

Je heißer das Ringen zwischen Ausgebeuteten hier und Ausbeutern dort, desto zwingender ist für die Frauen und Töchter des Proletariats das Pflichtgebot, als treue Waffengefährten neben den Männern ihrer Klasse zu stehen; desto wichtiger wird es für uns und unseren gemeinsamen Kampf, daß wir Frauen als Gleichgerüstete diesen führen können, daß die Waffe des Wahlrechtes uns nicht länger vor-enthalten bleibt. Es versteht sich, daß alle die Fragen, die beim Wahlkampf zur Aufrüttelung der Massen dienten, auch weiter ihre aufpeitschende Wirkung ausüben und die Notwendigkeit politischer Waffen für die Frauen klar und klarer erweisen. So namentlich der Imperialismus und in seinem Gefolge die Rüstungen zu Wasser und zu Lande, die nimmer weichende Teuerung aller Gebrauchsgegenstände, insbesondere der Lebensmittel, der Krebsgang der Sozialgesetzgebung und anderes mehr.

Es ist Aufgabe der Genossinnen, die diesen Stand der Dinge voll erkannt haben, diese ihre Erkenntnis weiter zu tragen in die Kreise der politisch Indifferenten und sie aufzurufen zum Kampfe für unsere politische Gleichberechtigung. Das soll geschehen in Frauen- und in Volksversammlungen, im Gespräch an der Arbeitsstätte, im Freundes- und Bekanntenkreis und wo immer die Gelegenheit gegeben ist. Aber auch in unseren Lese- und Diskutierabenden, in den Mitgliederversammlungen der Partei und Gewerkschaften müssen die Genossinnen eine Behandlung der so wichtigen Frage des Frauenwahlrechtes anregen und durchsetzen. Kurzum, sie dürfen keine Gelegenheit versäumen, die geeignet ist, dazu beizutragen, daß „unser Tag“ zu einer wichtigen Kundgebung für das Frauenwahlrecht werde. Luise Zieg.

## Im Reiche der Kohle.

### Zum Streik der Bergarbeiter im Ruhrrevier.

Von Duisburg bis hinter Dortmund erstreckt sich das Gebiet des rheinisch-westfälischen Kohlenbergbaus und bildet gleichsam eine einzige riesige Stadt. Durchqueren wir mit der Bahn diesen gewaltigen Industriebezirk, so huschen unablässig Hochöfen und Schachtauszüge an unseren Augen vorüber. Die zwischen den Städten und Dörfern noch liegenden freien Lande werden spärlicher, immer breitere Striche des Bodens macht sich hier der Industriekapitalismus untertan. Welchen Gegensatz bildet zu diesem Bezirk noch die linke Rheinseite, wo erst das mächtige neue Werk von Krupp in das Grün der Wiesen und die Ruhe ländlicher Schönheit Bresche geschlagen hat. Auf der anderen Seite des Flusses aber drängen sich dicht die industriellen Niesensbetriebe und geben der Gegend das Aussehen eines vom Feinde verwüsteten und ausgebrannten Landes. Eine dumpfe,

mit giftigen Gasen geschwängerte Luft lagert schwer über allem. Kaum wagt sich ein kümmerlicher Grassalm hervor; die Blätter der Bäume fallen ab, bald nachdem sie träge aus den Knospen getrocknet sind. Der ruhige Staub dringt durch die Fenster, im Heim wie im Freien atmen ihn die Lungen ein. Diese Gegend ist Deutschlands „Kohlenkiste“.

Hier herrscht das Großkapital unumschränkt, hier befehlen die Stinnes, Thyssen, Baare, Krupp und Kirdorf, hier werden Minister angeschauzt wie Hausknechte. Die Grubenarbeiter aber sollen Sklaven sein und sich mit den Brotsamen begnügen, die die kapitalistische Ausbeutung von ihrem Tische fallen läßt. Nicht einmal die berufsmäßigen Zentrumsliqner konnten bestreiten, was die Knappen über ihre Not vorbrachten. Alles Gerede von der „fortwährenden Hebung der Arbeiterlage“ hat die Tatsache nicht aus der Welt schaffen können, daß die Bergarbeiter des Ruhrreviers heute noch nicht einmal den Lohn vom Jahre 1907 erreichen. Und das, obwohl seither die Kaufkraft des Lohnes durch die weltwirtschaftliche Entwicklung im Bunde mit unserer „bewährten“ Wirtschaftspolitik beträchtlich herabgedrückt worden ist. Infolge der verteuerten Lebenshaltung langt das Einkommen der Knappen weniger als je zum menschenwürdigen Leben. So stark sind die Löhne gesunken, daß in den vier Jahren 1908, 1909, 1910 und 1911 der gesamte Lohnausfall auf 145,8 Mill. Mark berechnet worden ist, ja christliche Gewerkschaftsführer haben ihn auf 153 Mill. Mark angegeben. Die Preise der Kohlen sind derweilen gestiegen. Die Bechenbarone haben glänzende Geschäfte gemacht. Die Bergarbeiter waren sich einig, daß der Lohn erhöht werden müsse, und zwar um mehr, als um ein paar Pfennige. Wie hatten vor noch nicht langer Zeit selbst die Führer der Zentrums-gewerkschaften gegen das ausbeutende Grubenkapital losgewettert. Herr Efferts hatte gedroht, es werde sich im Ruhrrevier „in voller Übereinstimmung der Mitglieder und Führer aller Gewerkschaftsrichtungen bei Beginn einer besseren Konjunktur ein Kampf abspielen, wie ihn die Welt noch nicht gesehen“ habe, wenn auch das Erwerbsleben der Nation „um Jahrzehnte zurückgeworfen“ werde. Schon vor zwei Jahren forderten die Ruhrbergleute eine Erhöhung ihres fargen Lohnes. Die Grubenbarone hatten kein Ohr dafür. Es kam zu keiner Bewegung, um die Forderung durchzusetzen, weil die christlichen Gewerkschaften nicht mitmachen wollten. Die Gärung aber blieb, sie nahm zu mit der Not. Im vorigen Jahre drängten die Knappen neuerlich vorwärts. Die christlichen Führer hielten die Zeit abermals nicht für geeignet, der Reichstagswahlen halber. Standen doch damals Zentrum und nationalliberale Grubenkapitalisten im Kuhhandel wegen gegenseitiger Wahlhilfe.

Im neuen Jahre ließ sich die Erbitterung der Grubenproletarier nicht länger zügeln. Der sogenannte „Dreibund“ der zur Lohnbewegung geeinigten Organisationen — der „alte“ Bergarbeiterverband, die Gewerkschaft der Polen und der Girsch-Dundersche Gewerkverein — wurde zum Angriff vorwärts gedrängt. Da suchten die christlichen Führer schon im voraus der Bewegung ihre Stohkraft zu rauben. Die Zentrumschriften wußten nichts Besseres zu tun, als den Widerstand der Unternehmer und der Regierung gegen die Arbeiterforderungen dadurch zu steifen, daß sie ihnen unaufhörlich einredeten, sie würden nicht mitmachen, und so könne es gar nicht zum Streik kommen. Darin hatten sich die Judasse allerdings gründlich getäuscht. 15 Prozent mehr Lohn forderte der Dreibund für die Kohlengräber. Die christlichen Gewerkschaftsführer konnten und durften ihren Mitgliedern nicht sagen, daß diese Forderung ungerecht sei. Sie stimmten ihr zu, benchelten aber, daß sie für die Erfüllung dem guten Herzen der Bechenbarone vertrauten. Sie predigten von Anfang an den Massenstreikbruch. Die Unternehmer lehnten mit den üblichen Ausreden die Forderungen der Arbeiter ab. Mit elementarer Ge-

walt brach am 11. März der Streik aus. Zehntausende und Zehntausende Kohlengräber stiegen aus ihren Gruben ans helle Licht des Märztages empor. Die Führer der christlichen Organisation befahlen ihren Mitgliedern den Streikbruch! Als am zweiten und dritten Tag die Zahl der Streikenden noch immer wuchs, als unter den 250 000 „Meuternden“ auch ein erheblicher Teil christlicher Gewerkschafter war, kannte die Wut der „christlichen“ Drahtzieher keine Grenzen. Sie durften sich doch für die nationalliberale Wahlhilfe nicht so undankbar beweisen, sie mußten sich als „gehorsame Katholiken“ betätigen, sie mußten die Zentrums-gewerkschaften zu ihrer ursprünglichen Bestimmung zurückführen: Wellenbrecher der roten Flut zu sein. Sie mußten, denn nur durch die Betätigung „gesunder gelber Gedanken“ konnten sie von den interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften den Bannstrahl abwenden, den die mit der preussischen Regierung verbündeten Kirchenfürsten gegen diese zu schleudern drohten.

So erlebte denn die Arbeiterwelt ein Schauspiel von unerhörter Niedertracht. Fluten schmutziger Verleumdungen wälzten die Zentrums- und die christlichen Arbeiterführer über die kämpfenden Proletarier. Ihr geiferndes Geschrei über die Bedrohung und Vergewaltigung der Arbeitswilligen brachte das Militär in das Streikgebiet. Dabei hatten sich viele der Arbeitswilligen, aufgereizt durch ihre Führer, mit Revolvern und Schlagring bewaffnet. Dabei waren schon vor Ausbruch des Streiks 5900 Polizisten und Gendarmen ins Ruhrrevier beordert und dort planmäßig verteilt worden. Und die Berichte von den Gewalttaten der Streikenden waren bewußte Entstellungen und Lügen. Schrieb doch sogar die Vorkämpferin der Scharfmacher, das Organ der Schwerindustrie, die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“:

„Natürlich schwirren, wie stets, Dutzende von Nachrichten über Zusammenstöße mit der Polizei und Gendarmerie umher, die sich zu Nachrichten verdichten. Bei deren Nachprüfung ergibt sich aber fast stets, daß es sich um verhältnismäßig harmlos verlaufene Zusammenrottungen handelte. Wer weiß, wie häufig solche Zusammenrottungen im Industriebezirk auch zu Zeiten sind, wenn kein Streik besteht, wird diese kleineren und größeren Aufläufe weniger ernst nehmen.“

Von den Zentrumszeitungen wurden auch besonders die Frauen der Streikenden bespien, weil diese nicht gott ergeben hinter dem leeren Kochtopf hockten, sondern Anteil am Lohnkampf der Männer nahmen. Wie diese suchten sie aufklärend und zur Einigkeit mahnend auf die Streikbrecher einzuwirken. Den Kostgängern der „herrschenden Rechts- und Gesellschaftsordnung“, das ist des ausbeutenden Kapitalismus, erscheinen die Proletarierinnen entweder als „Syänen“ oder als „züchtige Hausfrauen“, je nachdem sie sich unter die Peitsche des Kapitals ducken oder sich dagegen auflehnen. Das Lob der „Gutgesinnten“ wird der Heldin folgenden Geschichtchens zufallen. Eine Frau fuhr in der Frühe mit einem Kinderwagen von Dortmund nach der Beche, wo ihr Mann arbeitete. Das fiel auf, denn es war bekannt, daß die Leute keine Kinder hatten. Streikende fragten, was die Frau so früh fortjasse. Die Antwort lautete: „Futter für die Schweine meiner Schwägerin. Dafür gibt's im Herbst eine Wurst.“ Doch fuhr die Frau beim Ausweichen mit dem Wägelin gegen einen Bordstein. Der Wagen kippte um, und das „Schweinefutter“ rollte heraus — ein arbeitswilliges Wickelkind von 32 Jahren! „Hoch klingt das Lied vom braven Mann!“

Drei Tage nach dem Ausbruch des Streiks zog das Militär in das Ruhrrevier ein, Maschinengewehre führen auf, um den Streikenden „Vernunft beizubringen“. Nun wurde das unterste zu oberst gekehrt, allerdings nicht von den Streikenden. Die Hüter der „Ordnung“ jagten Versammlungen auseinander, „säuberten“ mit vorgehaltenem Gewehr die Straßen und knufften und knallten, daß es eine Art hatte.

Säbel und Pike bekamen zu tun. Und was! In *Gerne* wurde zur Staatsrettung ein 15 Jahre alter Junge erschossen. In *Potthausen* erhielt eine 65 Jahre alte Frau einen Schuß ins Bein. In *Wattenscheid* wurden zwei Bergleute von einem aufgehetzten Gendarmen erschossen, und zwar waren die beiden *Arbeitswilligen*! An der Gemeindegewirtschaft in *Sordel* standen Frauen. Ganz ruhig. Nicht einmal ein Wort wurde gesprochen. Ein Gendarm trat heran und trieb die Frauen mit dem Kolben auseinander. In *Eppendorf* fand eine Hochzeit statt. Ein Gendarm trieb alle Gäste zum Haus hinaus. In *Boitrop* schimpften Streikbrecher eine Frau *Gure*: als die Beleidigte sich das verbat, wurde sie — verhaftet! Das Kapitel des Terrors gegen die Streikenden und ihre Angehörigen ist unerschöpflich. Wie die staatlichen Organe zur Sicherung der Ordnung ihres Amtes walteten, bezeugt unter anderem auch ein bürgerliches Blatt, der „*Duisburger Generalanzeiger*“:

„Uns kommen von den verschiedensten Seiten und von den einwandfreiesten Zeugen begründete Klagen darüber zu Gehör, daß die Organe der Sicherheit teilweise nicht mit der Ruhe und Umsicht verfahren, die der Ernst des Augenblicks erheischt. Wenn wir heute noch nicht mit Einzelfällen der Öffentlichkeit dienen, so tun wir es lediglich in der ernstesten Hoffnung, daß sich die maßgebenden Behörden eine Mahnung gern gefallen lassen werden. Sollten aber noch mehr einwandfreie Personen, deren Bestimmung über jeden Zweifel erhaben ist, in dem Gefühl bitterster Kränkung ihres Gerechtigkeitsempfindens sich an uns wenden, so werden wir kein Bedenken mehr tragen, diejenigen an den Pranger zu stellen, die sich zu Ausschreitungen als Sicherheitsorgane hinstellen lassen, die das, wozu sie von Verufs wegen bestimmt sind, in das Gegenteil verkehren. Wir werden nicht verhindern können, daß sich die Meinung in unserer Bevölkerung festsetzt, daß die Regierung unwürdig gewesen ist in der Auswahl der zum Schutze der Arbeitswilligen bestimmten Organe, daß man zu glauben beginnt, daß es sich nicht handelt um alte, erfahrene, im Sicherheitsdienst erprobte und mit der Volksseele vertraute Sicherheitsmannschaften, sondern um Aushilfsmannschaften, die unter Umständen mehr schaden als nützen können.“

Natürlich feierte auch die Justiz des Klassenstaates nicht. „*Recht schnell*“, war ihre Lösung. Warum? Um auf das Ende des Streiks einzuwirken, um sich, die sonst so wegen ihrer Schwerefälligkeit verhöhnt wird, als brauchbares Werkzeug der Klassenherrschaft zu erweisen. Wurde doch offen erklärt, daß man sogar die mit geringen Strafen belegten Streikenden gleich festhalten müsse, „um sie von der Straße fernzuhalten“. Irgend einen rechtlichen Grund aus der gesetzlichen Kistkammer unseres Klassenstaates anzuführen, wurde gar nicht der Mühe wert gehalten. Wozu auch eine Hülle für die nackte Gewalt! Der lechzende Eifer der Justiz hatte keine Zeit, den Schein zu wahren! Aber in der wahnsinnigen Eile vergaß man trotzdem nicht, Licht und Schatten richtig zu verteilen. In *Dünen*, wo auch die Mitglieder des christlichen Gewerksvereins gegen den Willen ihrer Führer mitstreikten, hat einer dieser Herren einen Streikenden erschossen. Die Polizei „stellte fest“, daß der Täter „einen Waffenschein besaß“, und sie ließ den Mann laufen! Ein Pfui gegen Streikbrecher brachte aber Streikenden und ihren Frauen schwere Gefängnisstrafen und sofortige Verhaftung! Bei einer Frau, die wegen des Zurschusses „Streikbrecher“ einen Monat Gefängnis erhalten hat, nahm das Gericht nur deshalb von einer sofortigen Verhaftung Abstand, weil die Verurteilte vier kleine Kinder zu versorgen hatte! Ein Dortmund Jurist nahm in einer bürgerlichen Zeitung gegen solche Art Justiz Stellung. Zu dem Aufgebot brutaler Gewalt erscholl als Begleitung die wütende Heze von Regierung und bürgerlichen Parteien in den Parlamenten. Fast ganz allein kämpfte dort die Sozialdemokratie gegen die reaktionäre Meute. Als Bechenanwälte bewährten sich wieder die Minister, und die „freisinnigen“ Freunde der *Sirch-Dunderschen* Gewerkschafter schwangen sich zumal im preussischen Dreiklassenparlament nur zu einer matten Verteidigung der Streikenden auf. Die bürgerliche Presse nahm

mit wenigen Ausnahmen gegen die Streikenden und für die Unternehmer Partei. Irreführende Zahlen wurden veröffentlicht. Die Grubenbesitzer drohten den Kämpfenden mit Lohnabzug von sechs Schichten wegen Kontraktbruch. Sie verlangten die Räumung der Zechenwohnungen. Die beispiellose, nie dagewesene Heze brachte die Reihen der Streikenden zum Wanken. Das Aufgebot von Gendarmen, Infanterie, Kavallerie und Maschinengewehren, die grausame Sandhabung der Justiz, das alles verfehlte seinen Eindruck auf einfache, lang unterjochte Menschen nicht. Ein Teil der Kämpfenden bröckelte ab, und es stand zu befürchten, daß der Streik langsam verbluten würde. Eine Abstimmung der Vertrauensmänner ergab nicht mehr die erforderliche Dreiviertelmehrheit für die Weiterführung des Kampfes, und so erfolgte der Beschluß, den Streik ab zu brechen, ob schon noch ungefähr 150 000 Knappen ausständig waren.

Wohl haben die Bergarbeiter eine Niederlage erlitten, aber niedergeworfen sind sie nicht, und sie haben auch nicht vergeblich gekämpft! Der Streik im Ruhrrevier beleuchtet grell die „sich ausgleichenden Klassengegenätze“. Sobald die großen Arbeiterorganisationen nur einen Schritt tun, um angefeindete Riesengewinne der Kapitalisten von dem steigenden Arbeitsertrag den Arbeitenden einen menschenwürdigen Lohn zu sichern, bietet die bürgerliche Gesellschaft ihre sämtlichen Werkzeuge und Einrichtungen gegen sie auf. Regierung, Parlament, Presse, Militär, Polizei, Justiz und Kirche stellt das Kapital als Meute in seinen Dienst, um den Proletarier niederzubehnen, der sich seinem Joch zu entziehen wagte. So hat der Streik der Bergarbeiter wieder größere Klarheit über das Kampffeld zwischen Kapital und Arbeit gebracht: der ganze Boden der bürgerlichen Ordnung ist Feindesland für die Arbeiterklasse. Den schwersten Schlag in diesem Kampfe hat daher in Wirklichkeit das Zentrum und seine Gewerkschaften erlitten, die dem Arbeiter das Schwert des Klassenkampfes zu entreißen suchen. Die Wirkungen des niederträchtigen Verrats an der Arbeitersache werden ihnen ihre hämische Siegesfreude bald vergällen. Aus Mut über die gegnerischen Organisationen ließen sich die christlichen Arbeiterführer hinreißen, die Interessen der Arbeiter mit Füßen zu treten. Bereits beginnt die Rache sie zu erreichen. Schon verlangen die Unternehmer, die christlichen Gewerkschaften sollten sich offen mit den gelben Werkvereinen verbinden; nicht lange mehr, und die „gleichen Brüder“ tragen auch „gleiche Knappen“. Die Sieger im Lager der Unternehmer aber sollen sich ihres Erfolges nicht zu lang erfreuen. Sie können sicher sein, die besiegten Bergknappen „lehren reifiger wieder“. *W. Säusen, Dortmund.*

## Der deutsche Frauentongress.

(Schluß.)

Der Mittwochvormittag war Bildungs- und Erziehungsfragen gewidmet. „Die Frage des gemeinsamen Unterrichts der Geschlechter (Coeducation) wurde von drei verschiedenen Referentinnen behandelt. Als erste sprach Frau Dr. *Mewaldt-v. Wedel*, Greifswald, als zweite Professor *Florence Keys*, *Bassar College*, im Osten der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Beide traten für die gemeinsame Erziehung der Geschlechter ein. Die amerikanische Hochschullehrerin entrollt ein interessantes Bild von der Entwicklung der Schule in den Vereinigten Staaten. Sie sieht in dem gleichen Unterricht eines ganzen Volkes die einzige Stütze einer wirklichen Demokratie. Schade, daß eine sonst kluge und weitblickende Frau völlig in der bürgerlichen Auffassung stecken bleiben konnte! Was nützen die schönsten Bildungseinrichtungen, wenn Millionen keinen Gebrauch davon machen können, weil ihre Armut sie zwingt, frühzeitig zu verdienen? Mit keinem Worte gedachte die Vortragende der vielen, die vom vierzehnten Jahre an um ihr tägliches Brot arbeiten müssen,

die daher den „gleichen“ Unterricht gar nicht genießen können! Frau Keys meint, die vortrefflichen „demokratischen“ Einrichtungen sind doch vorhanden, sie sind gleich und unentgeltlich, also was will man noch mehr? Auf ihre Auffassung findet das Engelsche Wort Anwendung: „Die bloße Erkenntnis, und ginge sie weiter und tiefer als die der bürgerlichen Ökonomie, genügt nicht, um gesellschaftliche Mächte der Herrschaft der Gesellschaft zu unterwerfen. Dazu gehört vor allem eine gesellschaftliche Tat.“ Auch in der amerikanischen sogenannten demokratischen Staatsverfassung ist der Besitzlose denselben Ausbeutungsbedingungen des Kapitalismus unterworfen wie im reaktionären Preußen-Deutschland. Er kann die schönste und beste Schule nicht benutzen, weil ihm die Existenzmittel fehlen und der Staat weder hier noch dort eine Unterhaltspflicht für die Kinder des Volkes anerkennt. Der Gemeinsamkeits-erziehung erstand eine lebhaft Widersacherin in Frau Elisabeth Krukenberg, Vorsitzende des — katholischen — Rheinisch-Westfälischen Frauenverbandes. In ihr kämpft die alte christlich-katholische Weltanschauung gegen den modernen Geist der Gleichberechtigung von Mann und Weib. Sie sieht die Heiligkeit der Familie bedroht, wenn Knaben und Mädchen dieselbe Schulbank drücken. Gewiß, in Ausnahmefällen, bei besonderer Begabung und wenn keine entsprechende höhere Bildungsanstalt am Orte ist, mag nach ihr das Mädchen in die Knabenschule gehen, aber nicht als Regel. Verrohung der Sitten, Ertötung zarter Weiblichkeit, das verderbliche Beispiel der Trunksitten der Gymnasiasten: das alles sieht Frau Krukenberg bei der Koedukation über die Mädchen hereinbrechen. Erst wenn sich unsere religiösen und sittlichen Zustände gebessert hätten, könne das Problem der gemeinsamen Erziehung der Geschlechter gelöst werden. Wie schwach muß es doch bei Frau Krukenberg um den Glauben an die Reinheit der jungen Mädchen ihrer Klasse bestellt sein, wenn sie überzeugt ist, daß sie nur durch die Trennung der Geschlechter vor der Entfittlichung bewahrt werden können! Einer, der wohl wenig den Prinzipien katholischer Weltanschauung entspricht, Richard Dehmel, sang vor vielen Jahren das Hohenlied der Gleichheit von Mann und Weib:

„Bist du im Ehrenkleide  
Der Frauen höchste Zier,  
Ich fühle trotz der Seide  
Und Hoheit und Geschmeide  
Als deiner Ehren höchste Zier  
Die Gleichheit zwischen mir und dir.“

Aber die bürgerlichen Vorkämpferinnen der Gleichberechtigung von Mann und Weib haben noch immer nicht aufgeräumt mit den überkommenen Anschauungen, daß die Tugend nur bewahrt wird, wenn sie von festen Mauern umgeben ist.

Die Diskussion über die „gemeinschaftliche Erziehung“ plätscherte munter dahin. Die katholische Richtung sieht von ihr die heiligsten Güter bedroht, insbesondere die Sicherheit des häuslichen Herdes, und möchte Mädchen und Frauen an Kochtopf und Kinderstube fetten. Die mit keiner Weltanschauung belasteten Rednerinnen dagegen erwarteten von der gemeinschaftlichen Erziehung die Überwindung aller Hindernisse, die der Frau bei der Ergreifung verschiedener Berufe heute noch entgegenstehen. In dieser Diskussion plakten die Geister so scharf aufeinander und die Parteinahme für und gegen die Rednerinnen äußerte sich so stark, daß die Vorsitzende Dr. Bäumer die Damen an ihre Wohlerzogenheit mahnen mußte. Sie bat, die Äußerungen des Beifalls und Mißfalls zu unterlassen, da sie die Gastfreundschaft gegen die zum Kongreß geladenen gegnerischen Organisationen verletzten, außerdem drohte sie, jeder Rednerin die durch diese Kundgebungen verlorenen Minuten von ihrer Redezeit abzuziehen. Als ob Kongresse dazu da wären, Gastrollen zu geben und den Zuhörern, die in diesem Falle zur Hälfte Delegierte waren, einen Maulkorb umzubinden!

Im übrigen schob Fräulein Dr. Bäumer die Erziehungsfrage auf ein neues Geleise. Der Zustrom zu den Studien, für die die Seminarbildung der Lehrerinnen Zulassungsbedingung ist, wächst so ungeheuer, daß ein Rückgang nur zu wünschen wäre. Das Anwachsen könne nur eingedämmt werden, wenn der gemeinsame Unterricht eingeführt und damit die Zulassung der Frauen zu allen gelehrten Studien und Berufen gewährleistet werde. Fräulein Bäumer warnte vor diesem sogenannten vierten Weg, der zum Studium führe. (Die drei anderen Wege sind: humanistisches Gymnasium, Realgymnasium und die „Pressen“, auf denen zurückgebliebenen Jünglingen Weisheit eingetrichtert wird, gewöhnlich Privatanstalten mit Berechtigung zum Abiturium.) Sie wies der Schule die Aufgabe zu, nach der Persönlichkeit zu differenzieren, nicht nach dem Geschlecht. Das sei keine verfeinerte Pädagogik, die die Gleichheit aller Schüler zum Ideal erhebt.

Herr Professor Cauer befürwortete nach echt liberaler Methode nur die „allmähliche“ Entwicklung. Grundsätzlich ist er für die gemeinsame Erziehung, aber mit tausend Einschränkungen; erst sollen vorsichtige Versuche gemacht werden, bevor man Entschlüsse zu fassen vermöge. Daß die Frage der gemeinsamen Erziehung in vielen Orten, besonders in Baden und Württemberg, längst praktisch erprobt worden ist, und daß sich nicht das geringste gegen sie ergeben hat, scheint Herr Professor Cauer nicht zu wissen. Er will noch „abwarten“!

In ihrem Schlusswort erwiderte Florence Keys insbesondere den katholischen Frauen, sie sprächen von einer Welt, die verschwunden sei. „Wo sind die Mütter des Proletariats,“ so fragt sie, „die heute noch in der Lage sind, ihre Kinder zu erziehen? Und in der ganzen Welt ist es nicht anders. Wo ist das Haus der Armen, das erhalten werden soll?“ fragte sie weiter. Und sie erzählte die Geschichte eines New Yorker Volksschulkindes, dem ein Bild geschenkt wurde. Das Kind fragte: „Was soll ich damit?“ „An deine Wand hängen zu Hause.“ „Wir haben keine Wand,“ antwortete das Kind. „Wir wohnen mit drei Familien in einer Stube, und uns gehört nur die Mitte.“ Florence Keys fuhr fort: „Es ist ebenso unmöglich, die Flut des Mississippi zu hemmen, wie die Frau an den Kochtopf zurückzubannen. Noch werden die Frauen ausgebeutet, weil die meisten Männer sich gegen die Ausbildung der Frauen sträuben, und sie werden zu Lohnrückerinnen durch die Beschränktheit der Männer.“ So konfus diese Worte waren, sie klangen in dem Milieu des Kongresses wie Töne aus einer anderen Welt; keine der Anwesenden mochte auf sie antworten. Von keiner Seite war neben der Forderung der gemeinsamen Erziehung der Geschlechter auch die Forderung der Einheitschule erhoben worden! Die bürgerliche Frau will für ihre Tochter die gleiche Bildungsmöglichkeit wie für ihren Sohn, aber für die Kinder des Volkes ist die Volksschule nach wie vor in ihrer ganzen Mückständigkeit gut genug.

Über „Die Aufgabe der Schule gegenüber dem Berufsleben“ sprachen für die Volksschule Fräulein Elisabeth Schneider, für die höhere Schule Helene Lange. Fräulein Schneiders Vortrag war durch keinerlei Kenntnis geschichtlicher Tatsachen getrübt. Nach ihr sind deutsche Fürsten die Begründer der Volksschule, die sich seit Friedrich dem Großen glänzend entwickelt hätte. Die Referentin forderte:

„Die Volksschule hat nicht die Aufgabe, für irgend einen Beruf vorzubereiten; ihre Aufgabe ist eine weitergehende. Sie hat die Kenntnisse und das Können zu übermitteln, die Fähigkeiten und die Einsicht zu entwickeln und die Charaktereigenschaften zu pflegen, die das Mädchen im späteren Berufsleben, welchen Beruf es auch wählen mag, zu seinem Fortkommen braucht. Auch die Körperpflege bedarf starker Berücksichtigung, denn die erste Bedingung zur Erfüllung eines Berufes ist ein gesunder Körper. Drittens muß die Volksschule den Mädchen bei der Berufswahl beratend zur Seite stehen.“

Da Fräulein Schneider zu lange bei der Lobpreisung deutscher Fürsten verweilt war, wurde ihr Patriotismus dadurch

belohnt, daß ihr das Wort entzogen wurde, bevor sie auch nur die Hälfte ihrer Forderungen begründet hatte.

Die Forderungen, die Helene Lange in ihrem Referat für höhere Schulen erhob, stehen in einigem Gegensatz zu der Aufgabe, die von Fräulein Schneider der Volksschule zugewiesen worden war. Helene Lange forderte die Vorbereitung zum Beruf durch die Schule, dem Haus falle die Erziehung für das Haus zu, die Schule könne dabei nur ergänzend wirken. Die Erziehung zur Persönlichkeit sei gemeinsame Aufgabe von Schule und Haus. Warum die höhere Schule erfüllen soll, was von der Volksschule nicht verlangt wird, die Erziehung zum Beruf, wurde auch von den vielen Diskussionsrednerinnen nicht geklärt. Jede redete entsprechend ihren persönlichen Erfahrungen und den daraus hergeleiteten Wünschen. Aber zur Klärung irgendwelcher Probleme war ja dieser Kongress nicht da. Und dies trat gerade bei dieser wichtigen Frage besonders deutlich in Erscheinung.

Donnerstag und Freitag widmete der Kongress Berufsfragen, die schon zum Teil in der letzten Nummer der „Gleichheit“ behandelt worden sind. Erwähnt seien hier nur die Referate über „Die soziale und wirtschaftliche Lage der Krankenpflegerinnen“. Es sprachen für die katholischen Orden Zentrumsabgeordneter Graf Praschna, für die Diakonissenmutterhäuser Oberin Gräfin Herzberg, für die Rote Kreuz-Mutterhäuser Generalarzt z. D. Dr. Werner. Alle drei Referenten stimmten darüber überein, daß den Krankenpflegerinnen trotz ihres aufopferungsvollen Berufs eigentlich nichts zu wünschen übrig bleibe, da in jeder Hinsicht von den Mutterhäusern für sie gesorgt werde. Schwester Agnes Karll, die Vorsitzende des Verbandes der Krankenpflegerinnen, schlug in ihrem nunmehr folgenden Referat über „Die Pflichten von Staat und Gesellschaft gegen die Krankenpflegerinnen“ etwas kräftigere Töne an. Sie erhob und begründete nachstehende Forderungen:

„Die einjährige Ausbildung muß zur Erlangung wirklicher Berufstätigkeit auf drei Jahre ausgedehnt und Ethik, Hauswirtschaft und Verwaltung in derselben berücksichtigt werden. ... Zum Schutze gegen Überanstrengung ist gesetzliche Regelung der Dienststunden in Krankenanstalten nötig. (Jetzt sind 13, 14 und mehr Stunden die Regel.) Auf Desinfektion der Schlafräume des Pflegepersonals ist zu achten. Das Personal ist in alle staatlichen Fürsorgeeinrichtungen, besonders in die Unfallversicherung, einzubeziehen. Eine Reichsenquete ist der einzige Weg, um die Gesundheitsverhältnisse zuverlässig festzustellen.“

Scharfe Worte über die Lage der Krankenpflegerinnen fand eine der Diskussionsrednerinnen, Fräulein Charlotte Reichel-Berlin. Sie klagte die Frauenbewegung an, daß sie sich bisher gar nicht um die Krankenpflegerinnen gekümmert habe! Die Entlohnung ist erbärmlich; bei den Rote Kreuz-Schwwestern wird das Höchstgehalt von 600 Mk. jährlich nur ganz vereinzelt erreicht. Die Diakonissenhäuser bewilligen überhaupt kein Gehalt, sondern nur ein „Taschengeld“, das vielerorts nicht mehr wie 100 Mk. jährlich beträgt. Die Altersversorgung existiert für viele Schwestern gar nicht; und wie Professor Dr. Zimmer, der Begründer des Diakonievereins, an anderer Stelle ausführte, wird bei den Rote Kreuz-Schwwestern und den Diakoniemutterhäusern die Pensionskasse von den Arbeitgebern verwaltet. Da diese jederzeit das Arbeitsverhältnis kündigen können, bestehe die Gefahr des Verdachts, dies geschehe, „um die Kasse von der Pensionszahlungsverpflichtung zu befreien“. Fräulein Reichel verlangte wie Dr. Zimmer, daß die Pensionskasse nicht in Händen der Arbeitgeber verbleibe. Als sie aber auch noch die schmachvolle Konkurrenzklausel erwähnte, die in verschiedenen Rote Kreuz-Ortsvereinen den Schwestern auf Jahre hinaus verbietet, als freie Pflegerinnen an denselben Orten zu arbeiten, wenn sie aus dem Verband ausgeschieden sind, da erhob sich, außer bei den zahlreich anwesen-

den Schwestern, ein Sturm der Entrüstung. Aber man höre: ein Sturm der Entrüstung nicht etwa gegen diese nichtswürdigen Zustände, sondern — wie Generalarzt Dr. Werner ausführte — wegen Fräulein Reichels „Verdächtigung patriotischer Einrichtungen“. Eine sachliche Widerlegung der „Verdächtigung“ wurde nicht einmal versucht! Die Krankenpflegerinnen werden zwar mit salbungsvollen Reden der Pastoren überschüttet, aber, wie Fräulein Reichel sagte, ihre Lage erinnert an die schlimmsten Zeiten der Ausbeutung der englischen Fabrikindustrie, und wie bei diesen ersten Opfern des kapitalistischen Systems kann sie nur gehoben werden durch eine gute Berufsorganisation.

Der Sonnabend sollte eigentlich den Höhepunkt der Tagung bilden, doch fand er die geringste Anteilnahme. „Die Frau im öffentlichen Leben“ hieß das Thema des Tages. Die Behandlung der Frage „Von der Caritas zur Sozialpolitik“ fiel aus, weil die Referentin erkrankt war. „Die sozialen Aufgaben der Frau in der Gemeinde“ wurden von Frau Jenny Kpolant behandelt, ferner von Fräulein Neuhaus, statt der erkrankten Frau Neuhaus, und von Frau Marie Wegner. Alle drei Rednerinnen legten ausführlich dar, wie notwendig die Mitarbeit der Frauen in den Gemeinden sei, wie diese aber hintangehalten werde durch eine veraltete Gesetzgebung und die reaktionäre Haltung der Männer, die der Mitarbeit der Frauen meist feindlich seien.

Da es sich hier um Arbeitsgebiete handelt, die insbesondere bürgerlichen Frauen neue Berufsgebiete eröffnen, verlangten die Referentinnen und die Diskussionsrednerinnen in einer auf diesem Kongresse seltenen Einmütigkeit eine entsprechende berufliche Vorbildung „tüchtiger“ Frauen, Beseitigung veralteter Gesetzesbestimmungen und volle Gleichberechtigung der Frau als Gemeindegewalt durch Eroberung des kommunalen Wahlrechts für die Frau. Aber wie dieses kommunale Wahlrecht aussehen soll, das verriet keine der Rednerinnen, sie begnügten sich das Gemeindegewaltrecht schlechthin zu verlangen.

Sehr viel deutlicher wurde jedoch Frau Minna Cauer in ihrem Referat über „Die Stimmrechtsbewegung“. Ihre Forderungen fasste sie zusammen in nachstehenden Leitsätzen:

„Die Verfassung des Deutschen Reiches baut sich auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts auf, es ist das Grundrecht des deutschen Volkes; daran zu rühren, wäre Verrat am Volke. So hat denn auch naturgemäß der Deutsche Verband für Frauenstimmrecht dieses Grundprinzip und Hoheitswahlrecht des deutschen Volkes zu seinem Grundprinzip erhoben, darauf ruht seine Kraft. Durch dieses Grundprinzip allein kann allen Frauen das Recht als gleichberechtigte Staatsbürgerin zu gelten, gewährt werden. Ein Frauenstimmrecht ohne Wahlrecht ist eine politische Unmöglichkeit, denn alle Politik in Stadt und Staat erfolgt auf Grund eines Wahlrechts. Es gibt allerdings Männer und Frauen, die aus irgend einem Grunde das Grundrecht des deutschen Volkes nicht zur Grundlage eines Prinzips machen wollen, diesen schwankenden Gestalten muß Kampf angesagt werden. Sie sind Zerstörer einer planvollen Organisation und rütteln an den Wurzeln der deutschen Einheit. Die Parole des Deutschen Verbandes ist: Ausbau einer starken, einheitlichen Organisation und klares Festhalten am Prinzip. Nur das allein bietet die Gewähr allen Frauen ihr Staatsbürgerrecht zu erkämpfen.“

Damit hatte sie den meisten anwesenden Delegierten Kampf angesagt! Aber so scharf und präzise Frau Cauer ihre Forderungen formulierte, sie kam trotz der Erlebnisse der letzten Monate zu dem optimistischen Schlusse: Keine Partei werde es jemals wagen, an diesem Grundpfeiler unserer Einigung, am Reichstagswahlrecht, zu rütteln, auch die Konservativen nicht! In einer auf diesem Kongress nicht gehörten Aufrichtigkeit erklärt Frau Cauer, daß das Vereins- und Versammlungsrecht für das weibliche Geschlecht erkämpft worden sei von den erwerbstätigen Frauen, die nicht organisiert seien in der bürgerlichen Frauenbewegung, sondern in der Sozialdemokratie, und durch diese Frauen werde auch das Stimmrecht erobert werden! Der Beifall, den dieses für eine bürgerliche Frau mutige Bekenntnis fand, kam fast ausschließlich von den Galerien, wo die Berliner

Fortschrittlernerinnen sahen, die auswärtigen Delegierten verharren in mißbilligendem Schweigen.

Viel mehr Zustimmung fand bei diesen die zweite Rednerin Frau Vi. Fischer-Eckert, die aus ihrer reaktionären Anschauung kein Hehl machte. Sie ermahnte Frau Cauer, doch endlich aufzuräumen mit den „Phrasen von Gleichberechtigung und Freiheit“, die in die älteste Kistkammer des Liberalismus und jetzt in die Kumpelkammer gehörten. Lächerlich, von so etwas überhaupt noch zu reden! „Neutralität!“ heißt die Lösung für die bürgerlichen Frauen. Alle Frauen aller Richtungen wollen die Gesinnungsgenossen der Frau Fischer-Eckert liebend umfassen und für das Stimmrecht interessieren, aber sich auf irgend ein Prinzip festlegen? Sie denken gar nicht daran. Das sind die Grundsätze, wie sie die deutsche Vereinigung für Frauenstimmrecht vertritt, der der Schlesische Verband für Frauenstimmrecht, der Stimmrechtsverband für Westdeutschland und der Norddeutsche Stimmrechtsverband angeschlossen ist und die es in den wenigen Jahren ihres Bestehens bereits zu insgesamt 30 Ortsgruppen gebracht haben.

Der Frau Cauer nicht gespendete Beifall wurde in reichstem Maße der Reaktionsrätin zuteil, die ihre Ausführungen in einem höchst wegwerfenden, durchaus unparlamentarischen Tone gemacht hatte.

Es verdient hervorgehoben zu werden, daß von den Diskussionsrednerinnen ganz besonders Helene Lange durch ihre reaktionäre Stellungnahme zum Wahlrecht auffiel. Sie hält Stimmrechtsvereine und die Festlegung auf ein bestimmtes Wahlrecht für höchst überflüssige Dinge, mit denen sie sich nie im Leben befreunden wird — dieselbe Helene Lange, die letzten Winter Kurse abhielt zur Einführung der Frauen in die Politik, wie Frau Vogt-Zieg in einer nachfolgenden Rede mitteilte, und die für die höhere Berufsbildung der Mädchen alle Grenzen beseitigen half. Das letztere obendrein zu einer Zeit, da sie als Pionierin auf diesem Gebiet in der bürgerlichen Welt fast allein stand! Wieder ein Beweis, daß die besitzende Frau nur dafür kämpft, an den Vorrechten ihrer Klasse als Gleichberechtigte teilzunehmen, daß sie jedoch für die Gleichberechtigung aller nichts übrig hat!

Was über die „Stellung und Mitarbeit der Frauen in den politischen Parteien“ ausgeführt wurde, fiel gegen die vorhergegangenen Reden und Diskussionen bedeutend ab. Die Vorsitzende mahnte zur Eile. Die Rednerinnen selber mochten fühlen, daß bei den Zuhörerinnen kaum noch Interesse vorhanden war. Für das Zentrum sprach Frau Direktorin Wießen-Bierfen. „Ich bin Katholikin, Direktorin und Frau,“ begann sie ihre Rede, in der deutlich durchklang, daß das Zentrum die Mitarbeit der Frauen mehr duldet als wünscht, um nicht ins Hintertreffen zu geraten. Lieber möchte es die Frau dauernd als Objekt der Gesetzgebung sehen, aber — vielleicht braucht das Zentrum in baldige starke Hilfstruppen, und als solche müssen die Frauen vorgebildet werden, wenn sie nützen sollen. Also „Fortschritt“, das heißt Mitarbeit der Frau. Die nationalliberale Vertreterin machte der Fraktion Drehscheibe alle Ehre. Nach dem Vorbild ihrer männlichen Parteigenossen plädierte sie für den Grundsatz „Wasch' mir den Pelz, aber mach' ihn nicht naß.“ Frau Martha Vogt-Zieg beschloß den Reigen der Rednerinnen. Daß die Fortschrittliche Volkspartei noch immer nichts von der Gleichberechtigung der Frau wissen will, dieser aber gütigst gestattet, für sie zu arbeiten und zu agitieren, ist Frau Vogt-Zieg zwar sehr schmerzlich, aber . . . sie hofft unentwegt weiter, daß auch die fortschrittlichen Mannen noch ihr Herz für die Frauenrechte entdecken werden. In diesem großen Tage soll die Partei eine wohlgeschulte Truppe finden, die bereit ist, sich einzuordnen, beizugehen und, wenn es not tut, auch unterzuordnen.

Zieht man das Fazit dieses Kongresses, so ist es außer der Sammlung aller Richtungen der bürgerlichen Frauenbewegung gleich Null. Und auch diese Sammlung war nur eine scheinbare; allüberall zuckten neben der großen Flamme

des gemeinsamen Klasseninteresses die vielen kleinen, aber starken Flämmchen der Berufs- und Standesinteressen auf. Bewiß, auch die bürgerliche Frauenbewegung ist eine Kulturbewegung, ein Produkt unserer Zeit, das von der wirtschaftlichen, der sozialen Entwicklung vorwärts getrieben wird. Auch die bürgerlichen Frauen werden sich nicht mehr lange der Einsicht verschließen können, daß wirtschaftlicher und politischer Kampf nicht voneinander zu trennen sind. Ihr Kampf geht aber nicht um das gleiche Recht aller Frauen, sondern um Sonderrechte für die Frauen der Besitzenden. Die Welt des Glends und der Ausbeutung, die kapitalistische Wirtschaftsordnung soll als Grundlage unerschüttert bleiben. Was die bürgerlichen Frauen erstreben, das ist nur Mitantennahme an den Vorteilen, die diese kapitalistische Wirtschaft den Männern der besitzenden Klasse bietet. Viele haben schon begriffen, daß der wirtschaftliche Kampf politische Rechte erfordert, die aber nicht vom Himmel fallen, sondern durch energische politische Betätigung erlangt und behauptet werden müssen. Doch die bürgerlichen Frauen sind weit entfernt davon, Morgans Gedankengang zu dem ihrigen zu machen: „Demokratie in der Verwaltung, Brüderlichkeit in der Gesellschaft, Gleichheit der Rechte, allgemeine Erziehung werden die nächste höhere Stufe der Gesellschaft einweihen, zu der Erfahrung, Vernunft und Wissenschaft stetig hinarbeiten.“ Je größere Fortschritte die bürgerliche Frauenbewegung macht, um so schärfer tritt es hervor, daß für sie wie für die sozialdemokratische Frauenbewegung nur das unüberbrückbare Nüben und Drüben gilt!

Mathilde Wurm.

### Das Frauenwahlrecht im sächsischen Landtag.

Am 5. März verhandelte die Zweite Kammer des sächsischen Landtags über einen Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Staatsangehörigen, unter Anwendung der Verhältniswahl und der Festsetzung der Wahl auf einen Sonntag. Gleich zu Beginn der Session hatte die 26 Mitglieder starke sozialdemokratische Fraktion diesen Antrag eingebracht. Seit 1895 war es das erste Mal, daß auf sozialdemokratische Initiative hin über die wichtige Frage des Wahlrechts im Landtag verhandelt werden konnte. Als in dem genannten Jahre die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag eingebracht hatte, der ebenfalls das volle demokratische Wahlrecht forderte, antwortete die damalige konservativ-nationalliberale Mehrheit darauf mit der Einführung eines noch schlechteren Wahlrechts als dasjenige war, das bis dahin in Sachsen bestand. Aus Furcht vor der stetig anwachsenden Zahl sozialdemokratischer Stimmen und Mandate wurde das Dreiklassenwahlrecht eingeführt. Diese unerhörte Provokation rief in den nächsten 10 Jahren die energischen, blutgetauften Wahlrechtskämpfe des sächsischen Proletariats hervor. Die unmittelbare Folge davon war im Jahre 1909 die Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts und die Einführung eines Pluralwahlrechts. Auch diese Neuerung enthielt ein reichliches Teil Unrecht an der Arbeiterklasse, aber immerhin war deren Entrechtung etwas gemildert.

Zum Entsetzen der Volksfeinde gelang es im Herbst 1909, bei der ersten Wahl nach dem neuen System, die jegige starke rote Fraktion in die Zweite Kammer zu bringen. Solange dieses Parlament auf Grund des Dreiklassenwahlrechts zusammengesetzt wurde, war es nicht möglich gewesen, dort von neuem unsere Wahlrechtsforderungen zu erheben. Die sozialdemokratische Fraktion war nicht stark genug dazu, einen eigenen Antrag einbringen zu können, ja mehrere Jahre hatte unsere Partei überhaupt nicht einen einzigen Abgeordneten in der sächsischen Zweiten Kammer. Im Jahre 1902 gab eine Petition auf Beseitigung des Klassenwahlrechts unsern Vertretern in der Kammer abermals Gelegenheit, die Wahlrechtsfrage aufzurollen und die sozialdemokratischen Forderungen zu vertreten. Kam aber vor der nach dem Pluralwahlrecht gewählten Landtag zusammengetreten, so brachten unsere Genossen ihren Wahlrechtsantrag ein. In der ersten Session kam er nicht zur Verhandlung, offenbar war den Gegnern die sozialdemokratische Aktion recht unangenehm. In der laufenden zweiten Session des Landtags sind unsere Genossen durch zwei Mann im Direktorium vertreten, eine Verschleppung war deshalb nicht so leicht wieder möglich. So kam es zu den Beratungen vom 5. März. Die „Gleichheit“ hat bereits in ihrer letzten Nummer darüber berichtet. Wir tragen dazu nur noch eine lehrreiche Episode nach.



In der Sitzung waren zuerst sechs Regierungsvertreter anwesend. Als aber die Verhandlungen über den sozialdemokratischen Antrag begannen, brachten diese Herren ihre berufsmäßige Mißachtung des Volkswillens dadurch zum Ausdruck, daß sie mit dem Minister des Innern an der Spitze demonstrativ den Saal verließen. Mit solcher Stillschließigkeit glaubt man im Lande Blümchens „Geschichte zu machen“, das heißt den Vormarsch des Volksrechts aufhalten zu können. Du heilige Einfalt! Als ob derartige Mäuschen nicht auch den Blödesten für die Tatsache die Augen öffnen, daß die Regierung der politische Geschäftsausschuß der bestgehenden und ausbeutenden Klassen ist. Was allerdings nicht hindert, daß diese erhabene Institution vom ganzen Volke bezahlt werden muß. Jedoch wer wollte Regierungsvertretern zumuten, sich dieser Vinfen-wahrheit zu erinnern. Sie wissen und tun, was ihres Amtes ist. Unsere Genossen haben angelündigt, daß ihr von sämtlichen bürgerlichen Parteien einstimmig abgelehnter Wahlrechtsantrag wiederkehren wird, so oft auch die Gegner ihn niederstimmen. Seine Forderungen werden mit verstärkter Bucht wieder und wieder in Landtag ertönen und wenn nötig durch den Druck der Massen außerhalb dieses Parlaments unterstützt werden. Das gilt auch für die Forderung des Frauenwahlrechts, das in der sächsischen Sozialdemokratie eine energische Vorkämpferin hat. Als Zeugnis dafür lassen wir die einschlägigen Ausführungen unseres Genossen Fleißner folgen:

Meine Herren! Wir verlangen ganz selbstverständlich das Wahlrecht für alle Staatsangehörigen, ohne Unterschied des Geschlechts. Das ergibt sich aus der ganzen Fassung unseres Antrags und auch aus unseren Programmforderungen. Wir verlangen das unbeschränkte, gleiche Wahlrecht für die Frauen wie für die Männer. Die Gründe dafür sind in der Hauptsache dieselben, die ich eben für die Zuerteilung des Wahlrechts an die männlichen Staatsangehörigen angeführt habe. Es kommen aber noch andere hinzu, die wiederum in den wirtschaftlichen Verhältnissen ihre besondere Ursache haben.

Meine Herren! Die Frau ist heute ganz besonders bedeutsam geworden in der Industrie, ist ganz außerordentlich bedeutsam geworden als Lohnarbeiterin. Und wenn man sich die Statistik vergegenwärtigt und die Entwicklung der Dinge verfolgt, so muß man geradezu staunen über die enorme Zunahme der Frauenarbeit. Im Jahre 1882 gab es nach der amtlichen Zählung 5 1/2 Millionen weibliche Erwerbstätige in Deutschland, im Jahre 1907 aber 9 1/2 Millionen. Die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen wuchs viel stärker als die Zahl der weiblichen Bevölkerung überhaupt. Fast ein Drittel aller Erwerbstätigen im Reich sind gegenwärtig weiblichen Geschlechts. Von 1895 bis 1907 betrug die Zunahme der männlichen Erwerbstätigen im Hauptberuf nicht ganz 20 Prozent, die der weiblichen dagegen 56 1/2 Prozent. Sie sehen, welche große Bedeutung die Frauenarbeit heute im Wirtschaftsleben hat. Selbstverständlich ist die Frau auch gleich wie der Mann Steuerzahler, in dieser Beziehung wird kein Unterschied vom Gesetzgeber gemacht. Wenn die Frau dasselbe Einkommen hat wie der Mann, muß sie dieselben Steuern bezahlen wie er. Ich erinnere ferner daran, daß die Frau ebenfalls mehr und mehr in die öffentliche Verwaltung eindringt, und daß wir auch in Deutschland dabei gute Erfahrungen gemacht haben, die dafür sprechen, daß diese Entwicklung zu begünstigen ist. Es gibt viele Zweige der öffentlichen Verwaltung, wo die Frau geradezu unentbehrlich geworden ist und mit der Zeit noch unentbehrlicher werden wird.

Meine Herren! Wenn das so liegt, ist nicht einzusehen, daß den Frauen das Wahlrecht nicht gewährt werden soll. Soviel mir bekannt ist, ist allerdings in Deutschland unsere Partei die einzige große Partei, die das gleiche unbeschränkte Wahlrecht für beide Geschlechter fordert. Von der Erwerbsarbeit abgesehen, leistet die Frau auch im Hause eine außerordentlich wertvolle, gesellschaftliche Arbeit. Es ist durchaus verkehrt, zu denken, daß die im Hause tätige Frau im politischen Leben eigentlich nichts zu sagen habe. Meine Herren! Die Frau leistet im Hause als Erzieherin der Kinder, bei der Versorgung der Hauswirtschaft für Mann und Familie außerordentlich Wertvolles, und dieses ihr häusliche Walten wird heute leider gerade in bürgerlichen Kreisen gering angesehen.

Meine Herren! Von allen diesen Gesichtspunkten aus müssen wir sagen: Die Frau hat im allgemeinen heute gleichschwere Pflichten wie der Mann, sie ist wie er vor dem Gesetz verantwortlich und wird von seinen Wirkungen erfaßt. Es ist darum nicht einzusehen, warum nicht die Konsequenzen gezogen werden, warum der Frau nicht auch das Wahlrecht zuerteilt werden soll. — Ein Vorgang, der gerade in der Gegenwart die Notwendigkeit des Frauenwahlrechts zeigt, ist die Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel. Die Arbeiterfrau spürt die Teuerungsspreiße am meisten, weil sie mit

keinem Wirtschaftsgelde auskommen muß. Je mehr die wichtigsten täglichen Bedarfsartikel verteuert werden, desto schwieriger wird natürlich für die Frau die Situation, und desto mehr hat auch sie ein Interesse daran, die Möglichkeit zu haben, den Änderung der ungünstigen Zustände mitzuarbeiten. Dazu bedarf sie des Wahlrechts. Es ist das ein wichtiger Hebel, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse so zu gestalten, wie es im allgemeinen Interesse liegt und in dem der Frau im besonderen.

Meine Herren! Noch auf eins will ich hinweisen: Wir haben kürzlich hier eine Debatte gehabt über die Dienstbotenfrage. Ich kann Ihnen sagen: Wenn die Dienstboten das Wahlrecht hätten, würden sie allerdings ihre Stimme nicht den Leuten geben, die damals für den gegenwärtigen Stand der Dinge eingetreten sind, der den berechtigten Ansprüchen der Dienstboten zuwiderläuft. Und so hat jede Kategorie der weiblichen Berufstätigen, die Frauen überhaupt Interessen wahrzunehmen, die dafür sprechen, daß den Frauen das Wahlrecht gewährt wird.

Ich kann für unsere Forderung darauf hinweisen, daß sie in anderen Ländern schon erfüllt ist. Wir in Deutschland sind in dieser Beziehung noch außerordentlich rückständig. In Schweden zum Beispiel besteht für die Wahlen zur Kommunalverwaltung das aktive und passive Frauenwahlrecht; weibliche Stadtverordnete sind in Schweden nichts Auffälliges. . . . Ich weise auf das fortgeschrittene Finnland hin. In Finnland hat man seit 1903 für den Landtag das aktive und passive Frauenwahlrecht. Die Frauen haben gleich das erstmal von ihrem Bürgerrecht mit größtem Eifer Gebrauch gemacht. 80 1/2 Prozent aller weiblichen Wähler haben damals abgestimmt, und heute sitzen im finnischen Landtag 15 Frauen, darunter 9 Sozialdemokratinnen. In Norwegen haben wir seit 1901 das kommunale Wahlrecht, seit 1907 auch das politische Wahlrecht für die Frauen. In Dänemark besitzt das weibliche Geschlecht das kommunale Wahlrecht, das aktive und auch das passive. Als zum erstmal Frauen in die Kommunalverwaltung von Kopenhagen einzogen, da begrüßte sie der Bürgermeister mit folgenden Worten: „Mit den Frauen wird echte Menschenliebe, die in der Mutterliebe ihren eigentlichen Ursprung hat, in die Beratungssäle der Stadtverordnetenversammlungen Dänemarks ihren Einzug halten, und das leuchtende Banner des Freiheitswillens wird vorangetragen werden.“ Es wurde weiter die Auserkennung ausgesprochen, daß die Mitarbeit der Frauen auf kommunalem Gebiet segensreich für die Ausgestaltung der ganzen öffentlichen Verhältnisse in Dänemark sein werde. Ich glaube, es wird nicht allzulange dauern, daß man nachweisen kann, inwieweit das tatsächlich geschehen ist. Denn bis jetzt hat sich bereits herausgestellt, daß sich die Frauen sehr leicht in die formalen Dinge einzuleben und sich damit abzufinden verstehen; ferner auch, daß sie ein außerordentliches Verständnis für die Erledigung der Geschäfte gezeigt und große Sachkenntnis an den Tag gelegt haben.

Meine Herren! Ich könnte Ihnen noch ähnliches Material vorführen. Es sei noch auf eine Reihe Staaten in Nordamerika hingewiesen, auf Neuseeland und die übrigen englischen Kolonien in Australien. Hier besteht das Frauenwahlrecht in der Gemeinde, zu dem Abgeordnetenhaus des einzelnen Koloniallandes und zum Bundesparlament des Staatenverbandes.

## Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Als wir im vergangenen Jahre den Frauentag im Herzogtum Gotha veranstalteten, gelang es nur mit vieler Mühe, in fünf oder sechs größeren Orten öffentliche Frauenversammlungen zustande zu bringen. Immerhin war das schon ein Erfolg, denn außer der Stadt Gotha oder höchstens noch dem Städtchen Walkershausen hatte in keinem Orte unseres Kreises je eine Frauenversammlung stattgefunden. Wir erfüllen deshalb eine Pflicht der Dankbarkeit, wenn wir lobend der Vorträge gedenken, die Genossin Wartenberg-Hamburg während der Wahlbewegung in unserem Kreise abgehalten hat. In nicht weniger als 17 Orten sprach sie über das Thema: „Säuglings- und Mutterchutz und die Reichsversicherungsordnung“ und andere wichtige Fragen. Die Versammlungen waren überaus stark besucht, oft überfüllt. Vor 200, 300 oder 400 und mehr aufmerksamen Zuhörerinnen behandelte die Referentin ihr Thema in klaren und verständlichen Ausführungen, die dabei den wissenschaftlichen Anforderungen gerecht wurden. Mit großem Geschick und überzeugender Verehrsamkeit wußte sie ihren Zuhörerinnen die Zusammenhänge zwischen den wirtschaftlichen Zuständen und den Gesundheitsverhältnissen des arbeitenden Volkes zu schildern und die körperlichen Schäden blozulegen, an denen ganz besonders die proletarischen Frauen zu tragen haben. Die

Frauenleiden werden zum großen Teile von den erbärmlichen sozialen Zuständen verursacht, in denen das Proletariat lebt. Und daß die herrschenden Klassen gar nicht den guten Willen haben, daran etwas zu bessern, das hat das Schicksal des Säuglings- und Mutterschütes bei der Schaffung der Reichsversicherungsordnung unerschütterlich festgestellt. Gibt es eine bessere Gelegenheit zur Aufklärung der Frauen darüber als das von Genossin Wartenberg gewählte Thema? Es versteht sich, daß diese die soziale Verständnislosigkeit und Gewissenlosigkeit der herrschenden Klassen gehörig geißelte. Der Beifall, den sie erntete, bewies nicht nur, daß sie von den proletarischen Frauen verstanden wurde, sondern daß sie ihnen auch aus dem Herzen gesprochen hatte. Kein Wunder, daß deshalb eine Versammlung immer besser besucht war als die andere. Die zahlreichen und guten Lichtbilder, an denen Genossin Wartenberg ihre Ausführungen erläuterte, trugen wesentlich dazu bei, das Verständnis zu erhöhen. Die Vorträge behandelten außer dem bereits angegebenen Thema noch die Frauen- und Kinderarbeit und ihre Wirkung besonders in der Heimindustrie; Mutterschaft und Kindererziehung; die sozialen Ursachen der Prostitution; die Geschlechtskrankheiten usw. Zu allen Fragen gab die Referentin praktische Winke und Anregungen; nie kam bei ihren Ausführungen das Gefühl auf, als werde ein oberflächlich zusammengesuchtes Sammelsurium von allerhand Tatsachen vorgebracht. Man empfand, das Gebotene war innerlich gut durchdacht und verarbeitet, und die anwesenden Frauen haben viel gelernt. Wir hoffen in Gotha, daß diese Vorträge uns für den kommenden Frauentag so viel nützen, wie sie uns schon bei der Wahl genützt haben, wo zahlreiche Frauen durch Flugblatt- und Stimmzettelverteilung sich als tüchtige Helferinnen erwiesen.

O. G., Gotha.

**Von den Organisationen.** Die Organisation der Genossinnen in Wirges im Westertal macht in der letzten Zeit wieder gute Fortschritte. Durch eine Hausagitation und eine Frauenversammlung haben die Genossinnen die Zahl der weiblichen Parteimitglieder in den letzten Wochen verdoppelt. Wirges ist ein Glasmacherdorf mit kaum 3000 Einwohnern, von denen die Hälfte verbiessene Gegner der Sozialdemokratie sind. Durch die Abwanderung von Glasmacherfamilien war die proletarische Frauenbewegung in den letzten Jahren leider zurückgegangen, so daß nur noch 88 Genossinnen der Partei angehörten. Dieser Rückgang ist nun wieder wett gemacht worden. Die Zahl der organisierten Genossinnen ist auf 75 gestiegen, die der Leserinnen der „Gleichheit“ auf 80. In dem Nachbarort Höhr haben die Genossinnen die ersten Ansätze gemacht, Frauen für die Partei zu gewinnen. Ihre aufklärende Arbeit wird den Proletarierinnen der Gegend die Ideen des Sozialismus bringen, mag der Westertal einweilen noch so schwarz sein. Rosa Hubert.

Am 13. März fand in Stuttgart eine öffentliche Versammlung der politisch organisierten Genossinnen statt, die Stellung zu der am 28. April nach dort einberufenen württembergischen Frauenkonferenz nahm. Genossin Zetkin hielt einen Vortrag über „Die Entwicklung der Frauenarbeit in Württemberg“ und gab auf Grund ihrer Darlegungen über die wirtschaftliche Lage der Frauen des Landes Anregungen zur künftigen Förderung der proletarischen Frauenbewegung. An der Diskussion beteiligten sich die Genossinnen Vorhölzer, Claire Seiffert, Müller, Dunder und Zetkin. Die Diskussionsrednerinnen klagten namentlich darüber, daß ein großer Teil der politisch und gewerkschaftlich organisierten Männer in Württemberg der Organisierung der Frauen gleichgültig, ja abweisend gegenüberstehen. Unter der Arbeiterbevölkerung herrschen vielfach veraltete Ansichten, die die Agitation unter den Frauen sehr erschweren. Der Landesvorstand habe es bisher an der notwendigen Arbeit zur Organisierung der Proletarierinnen fehlen lassen. Genossin Zetkin wies auf den Zusammenhang zwischen Frauenbewegung und Jugendbewegung hin und betonte, wie nötig es für die Genossinnen sei, die letztere mit allen Mitteln zu fördern. Der folgende Antrag, den Genossin Dunder einbrachte und begründete, wurde von der Versammlung einstimmig angenommen und soll der Frauenkonferenz unterbreitet werden:

„Zur Vetreidung einer energischen und systematischen Agitation unter den proletarischen Frauen Württembergs beschließt die Frauenkonferenz: 1. Es wird eine Frauenagitationskommission gebildet, zu der vom 1. Wahlkreis zwei, vom 2., 3., 5. und 10. je eine Genossin gewählt wird. 2. Diese Agitationskommission hat die Aufgabe, in Verbindung mit dem Landesvorstand und den in Betracht kommenden Organisationen die Agitation unter den Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen ständig zu fördern und für die prinzipielle Schulung der weiblichen Mitglieder Sorge zu tragen. Zu diesem Zwecke kommen die Mitglieder der Kommission all-

vierteljährlich einmal zusammen, besprechen ihre Erfahrungen und stellen den Agitationsplan für das kommende Quartal auf. Auch das Programm für etwaige Les- und Diskussionsabende der Genossinnen wird von ihnen beschlossen. 3. Sobald als irgend möglich ist eine Sekretärin für die Frauenagitation in Württemberg anzustellen, deren Wahl durch die genannte Kommission im Einverständnis mit dem Landesvorstand und den beteiligten Organisationen stattfindet. Die Frauenagitationskommission steht dieser Genossin zur Seite, berät mit ihr ihren Arbeitsplan und kontrolliert ihre Leistungen.“ — Ein weiterer Antrag der Genossin Seiffert, auf der Frauenkonferenz ein Referat über die Entwicklung der Frauenarbeit in Württemberg von Genossin Zetkin halten zu lassen, gelangte gleichfalls zur Annahme. Genossin Seiffert beantragte außerdem, auf die Tagesordnung der Konferenz je ein Referat über „die Bedeutung der Landtags- und Kommunalwahlen für die Frauen“ und über die „Alkoholfrage“ zu setzen. Im Hinblick auf die kurze Verhandlungszeit der Konferenz wurde in der Diskussion vorgeschlagen, Genossin Claire Seiffert möge die lehreren Anträge zurückziehen und dafür der Frauenkonferenz Resolutionen zu den beiden Fragen vorlegen. Damit erklärte sich die Antragstellerin einverstanden. Die organisierten Genossinnen von Zuffenhausen sind in einer gut besuchten Versammlung dem Beschluß der Stuttgarter Genossinnen beigegeben.

**Eine Konferenz der Genossinnen,** die in den Vorständen und Ortsverwaltungen des vierten, fünften und sechsten sächsischen Wahlkreises tätig sind, fand am 27. Februar in Dresden statt. Auf der Tagesordnung standen folgende Fragen: 1. Wie stellen sich die Genossinnen zur Einführung von Beschwerdestellen für Arbeiterinnen? a. Wie denken sich die Genossinnen diese? b. Wieviel Beschwerdestellen sind zu errichten und wo? 2. Der Frauentag am 12. Mai und seine Bedeutung. 3. Aufhebung aller Beschlüsse für die drei Kreise, welche die Delegationen zum Parteitag und zu den Landeskonferenzen betreffen. Zu jedem Punkte gab Genossin Wackwitz eine Einleitung. An der lebhaften Diskussion beteiligten sich 21 Genossinnen. Es wurden folgende Beschlüsse gefaßt: Nach Ansicht der in den Verwaltungen der drei Kreise tätigen Genossinnen sind Beschwerdestellen für Arbeiterinnen notwendig. Diese Beschwerdestellen sollen keine Abzweigung der gewerkschaftlichen Organisation darstellen, sondern dazu beitragen, die Arbeiterinnen mehr denn je für den Gedanken des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses zu gewinnen. Es sollen nach der Ansicht der Genossinnen dadurch diejenigen gewonnen werden, die nicht in die Fabrikbesprechungen kommen und ihre Beschwerden dort nicht vorbringen. Wie die Genossinnen in den Beschwerdestellen zu arbeiten haben, das zu bestimmen bleibt dem Kartellvorstand überlassen. Nach der Meinung der Genossinnen wären Beschwerdestellen in den großen Fabrikkzentren zu errichten, so für den sechsten Kreis in Röttau, Striesen, Plauenischer Grund, für den fünften Kreis im Volkshaus und in der Adam-Kaulbachstraße, für den vierten Kreis in Neustadt, Pieschen und Adelsheim. Auch darüber soll das Gewerkschaftskartell selbst bestimmen. Die Genossinnen, die in den Beschwerdestellen arbeiten würden, müßten das nötige Material dafür erhalten, wie Gewerbeordnung, Kinder- und Arbeiterschutzgesetz, dazu ein Kontrollbuch zum Notieren der einzelnen Beschwerden. Die eingegangenen Beschwerden sind sofort entweder dem Kartell oder den einzelnen Gewerkschaften zu übermitteln. Zum dritten Punkt der Tagesordnung wurde der Wunsch an die Kreisvorstände gerichtet, die veralteten Beschlüsse über die Delegation zum Parteitag und zu den Landeskonferenzen aufzuheben und jedem Kreis die Pflicht aufzuerlegen, bei der Wahl der Delegierten eine Genossin mit in Vorschlag zu bringen und zu delegieren. Die gefaßten Beschlüsse wurden den Kreisvorständen und dem Vorstand des Gewerkschaftskartells zur weiteren Erwägung übergeben. Marie Wackwitz.

**Agitationsliteratur.** Den Genossinnen, die in letzter Zeit im Frauenbureau angefragt haben wegen des Bezugs der Broschüre: „Die Frau und der politische Kampf“, die im vergangenen Jahre von Genossin Rieg im Auftrage des Parteivorstandes geschrieben wurde, diene zur Nachricht, daß in den nächsten Tagen die zweite verbesserte und erweiterte Auflage in der Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin, erscheint. Die Broschüre, die im Buchhandel 20 Pf. kostet, wird bei größeren Bezügen für 6 Pf. das Exemplar abgegeben. Außerdem erscheint eine Ausgabe in besserer Ausstattung, deren Preis noch durch Annonce bekannt gegeben wird.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: 1. Die Wandlung in den Anschauungen der Frau; 2. Umfang und Hauptursachen der Frauenerwerbsarbeit; 3. Fraueninteressen und Politik, a. Das Koalitionsrecht und der Arbeiterinnenschutz, b. Die Arbeiterversicherung, c. Die

Boll- und Steuerpolitik, d. Die Liebesgaben, e. Der Militarismus und Marinismus; 4. Das Frauenwahlrecht; 5. Die politischen Parteien und die Frauen; 6. Die Pflichten der Frau im politischen Kampf.

Die Tatsache, daß die erste Auflage (25 000) sehr schnell vergriffen wurde, ist wohl der beste Beweis dafür, daß die Broschüre den Genossinnen bei der Agitation gute Dienste geleistet hat. Von der neuen verbesserten Auflage ist dies sicher in noch erhöhtem Maße zu erwarten; ganz besonders machen wir die Genossinnen darauf aufmerksam, daß sie in der Broschüre wertvolles Material für die Agitation für den Frauentag finden. Ottilie Waader.

### Politische Rundschau.

Die neuen Wehrevorlagen sind jetzt offiziös bekannt gegeben worden. Sie sehen für Heer und Flotte eine Verstärkung vor, die einen Kostenaufwand erfordert von 338 Millionen Mark für das Heer, auf drei Jahre verteilt, und von 162 Millionen Mark für die Flotte, auf fünf Jahre verteilt. Der Gesamtaufwand beträgt also 500 Millionen Mark, eine halbe Milliarde. Wieviel von dem Betrag der einzelnen Jahresraten — 97, 127, 114 Millionen Mark für die Heeresverstärkung und 15, 28, 38, 38, 43 Millionen Mark für die Flottenvermehrung — auf fortlaufende Ausgaben entfallen und also auch nach der Durchführung der Vorlagen noch jährlich wiederkehren, ist aus der Veröffentlichung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ nicht zu ersehen. Sicher aber ist, daß dieser Teil nicht klein ist, daß er bei der Heeresvorlage den überwiegend größeren Teil der Ausgaben ausmachen und auch bei der Flottenvorlage nicht allzu gering sein wird. Man wird daher nicht zu weit fehlgreifen, wenn man annimmt, daß die dauernde Belastung rund 100 Millionen Mark betragen wird, die dem deutschen Volke nach der Veranschlagung der 500 Millionen jährlich zu den Riesensummen des Militär- und Marineetat's noch aufgeladen wird. Das ist die neueste Weisung, die der Imperialismus dem deutschen Volke bringt: eine halbe Milliarde Mark neue Ausgaben innerhalb fünf Jahren, hernach Steigerung der jährlichen Kosten der sogenannten Landesverteidigung um 100 Millionen Mark und endlich Erhöhung der Kriegsgefahr — denn die Verstärkung der Rüstung erfolgt bei den anderen Großmächten alles andere denn freundschaftliche Gefühle. Das ist die Antwort der deutschen Regierung und der bürgerlichen Parteien auf den Ausfall der Reichstagswahlen, bei denen  $4\frac{1}{2}$  Millionen sozialistischer Stimmen unter der Losung „für den Weltfrieden“ abgegeben wurden. Die Kulturaufgaben mögen warten, die Sozialreform mag versumpfen, der Kampf gegen Schwindsucht, gegen Wohnungsnot, gegen Säuglingssterblichkeit, gegen hundert andere fürchterliche Übel unserer hochgepriesenen Gesellschaftsordnung mag wegen Mangel an Mitteln bloße Spiegelfechterelei bleiben, so laut auch der Entscheid der Wähler nach einer Änderung dieser unerträglichen Zustände schreit. Und das arbeitende Volk mag noch so entschieden seinen Willen auf Erhaltung des Friedens bekunden — die bürgerliche Welt rüstet, rüstet weiter und taumelt rüstend dem Abgrund des Weltkriegs entgegen. Denn sie weiß keinen anderen Weg. Keinen, der auswärts führt zu den Höhen wahrer Menschheitskultur, keinen, der zur Erlösung vom Kriege führt. Sie trägt ihr Geschick in ihrer Brust — es führt sie zum Untergang. Kapitalismus und Kriegsgefahr, Kapitalismus und Rüstungswahnsinn sind unzertrennlich.

Um 29 000 Mann, ohne die Unteroffiziere, soll das deutsche Heer verstärkt werden. Zwei neue Armeekorps werden aufgestellt, so daß wir dann 25 Armeekorps haben, 10 mehr als zur Zeit der Reichsgründung. 14 neue Bataillone Infanterie werden gebildet, die Kavallerie, die Feldartillerie, die Pioniere, die Verkehrstruppen werden vermehrt, eine Fliegertruppe aufgestellt, Infanteriebataillone und Feldartillerieabteilungen verstärkt, jedem Infanterieregiment wird eine Maschinengewehrkompanie beigegeben. Die Marinevorlage sieht neben den durch das geltende Flottengesetz vorgesehenen Neu- und Ersatzbauten noch innerhalb von fünf Jahren den Neubau von drei Linienschiffen — eines von diesen kostet rund 50 Millionen Mark — und zwei kleinen Kreuzern vor. Außerdem sollen die Schiffe mehr als bisher in Dienst gestellt werden, indem aus Schiffen der Materialreserve und der Reserveflotte und den Neubauten ein drittes aktives, das heißt ständig im Dienst befindliches Geschwader gebildet wird. Außerdem ist eine Vermehrung der Unterseeboote und die Beschaffung einiger Luftschiffe in Aussicht genommen. Das macht jährlich bis zum Jahre 1920 eine Verstärkung des Marinepersonals um 1800 Mann erforderlich, also zusammen in neun Jahren um 14 400 Mann. Um die teure Suppe, die das deutsche Volk auslöffeln soll, schmackhaft zu machen, wird auch eine Erhöhung der

Mannschaftslöhnung versprochen, das heißt die endliche Erfüllung der seit langem von der Sozialdemokratie gestellten Forderung. Nur schade, daß die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ kein Sterbenswörtchen darüber zu sagen weiß, wie hoch diese Erhöhung der Mannschaftslöhne denn eigentlich sein soll. Ist die Zulage, die den Söhnen des Volkes im Waffenrock gegeben werden soll, so winzig, daß das Blatt sich scheut, sie anzugeben, um den guten Eindruck nicht zu verwischen? Oder steht sie wohl gar noch einmal fest? Hängt die Zahl der Pfennige, die man dem Gemeinen pro Tag zulegen will, erst noch von der Gestaltung der Reichsfinanzen ab? Dann können die Gemeinen die schöne Verbesserung nur gleich in den Schornstein schreiben!

Denn die Reichsfinanzen werden durch die neuen Ausgaben in Wäde wieder auf einen bösen Stand gebracht sein. Die Reichsregierung will die neuen Ausgaben nämlich im wesentlichen durch die Staatsüberschüsse decken, die alsbald verschwinden werden, wenn die gute Wirtschaftslage wieder der Krise, der Zeit der Betriebschwankungen und Arbeitslosigkeit weicht, was ja in der kapitalistischen Ordnung völlig unvermeidlich ist. Herr Bermuth, der Reichsschatzsekretär, der auf dem Saße bestand, daß die neuen Ausgaben völlig durch neue Einnahmen gedeckt werden müßten, hat gehen müssen. Die Erbschaftsteuer, die er zur Deckung vorschlug, verschwand in der Versenkung. Die Junker und das Zentrum befahlen es, und der Reichskanzler gehorchte. Der Reichskanzler, der es im Reichstag höhnisch abgelehnt hatte, die deutsche Reichspolitik wegen  $4\frac{1}{2}$  Millionen sozialdemokratischer Stimmen neu zu orientieren, der Reichskanzler ließ sofort den Kurs ändern, als die Konservativen und das Zentrum es forderten, diese Parteien, deren Steuerpolitik von den Wählermassen so entschieden verurteilt worden ist. Das Volk der Wähler schießt den Kanzler nicht. Wenn die Junker nicht zahlen wollen, so werden sie verschont. Das Zentrum ist obenauf — durch das Zentrumsinisterium in Wägen über die Schwarzen jetzt auch im Bundesrat auf die Reichspolitik einen starken Einfluß aus. Und diesen Einfluß bekommt das Volk jetzt sofort in der Steuerfrage zu spüren. An die Stelle der verhassten Erbschaftsteuer, die den Junkern die Steuerhinterziehung so schwer machen würde, tritt die Aufhebung der Branntweinliebesgabe. Schon jahrzehntelang hatten sich Sozialdemokraten und Liberale gegen diese Begünstigung der Schnapsbrenner gewandt, die für einen bestimmten Teil ihrer Produktion mit geringerem Steuersatz belegt sind und für diesen minderbesteuerten Branntwein große Extraprofite einsacken, da sich der Verkaufspreis nach dem höchsten Steuersatz richtet. Diese Begünstigung fällt erst jetzt, wo ihre Aufhebung den Junkern nicht mehr wehe tun kann. Denn die letzte Änderung des Branntweinsteuergesetzes hat ihnen die Möglichkeit gegeben, den Spiritusring, den Spirituszentrale zur Herrscherin auf dem Markte zu machen. Diese kann den Preis des Branntweins jetzt dermaßen in die Höhe schrauben, daß die Junker den Wegfall der Liebesgabe nicht spüren. Das Wichtigste aber ist, daß diese Maßregel der Reichsliste erheblich weniger Millionen zuführt, als es die Erbschaftsteuer getan hätte, daß der Beitrag nicht entfernt die Kosten der Wehrevorlagen decken kann, so daß das Reich, um die Besitzenden zu schonen, mit vollen Segeln wieder in die Pumpwirtschaft hineinsteuert.

Wie notwendig die Vermehrung des Militärs ist, dafür hat freilich das deutsche Proletariat eben erst wieder einen schlagenden Beweis erhalten. Soldaten wurden ins Ruhrrevier geschickt, um die Streikenden einzuschüchtern und die Streikbrecher zu ermutigen. Ihre Flinten und Maschinengewehre haben die Erinnerung an das Kaiserwort wieder lebendig gemacht von der Pflicht, auf Vater und Mutter zu schießen. Allerdings, diesmal bedurfte es nicht der Soldaten, um auf das eigene Volk zu schießen, das haben die massenhaft ins Revier gezogenen Gendarmen besorgt. Regierung und fast alle bürgerlichen Parteien nahmen mit aller Schärfe gegen die Streikenden Stellung, nur der Fortschritt qualte sich mit Vorbehalten und schwankte hin und her. Die Regierung verzögerte jede Vermittlungsfaktion, weil die Grubenbarone sie nicht wollten; dafür belamen die Ausständigen um so mehr drohende Reden von den Ministerbänken zu hören. Die niederträchtigste Rolle spielte das Zentrum und in ihm die sogenannten christlichen Arbeitervertreter. Diese versuchten den schändlichen Streikbruch der christlichen Bergarbeiter, den sie auf dem Gewissen haben, dadurch zu rechtfertigen, daß sie den Streikenden Militär auf den Leib hehten. Im Reichstag und im preussischen Dreiklassenlandtag gab es eine wütende Heze der Junker, Schatzmacher und des Zentrums gegen die Bergarbeiter und gegen das Koalitionsrecht, ebenso in der preussischen Kammer, dem Herrenhaus. Aber all das hätte die streikende Bergarbeiterschaft

triumphieren können — der Verrat der Christlichen zwang sie zum Abbrechen des Streiks. Grubenkapital und christliche Vereiner haben einen Sieg erfochten. Aber er wird ihnen teurer zu stehen kommen denn eine Niederlage. Der christliche Gewerkverein wird an diesem Verrat ersticken, und die Zeit wird kommen, wo die Grubenbesitzer vor einer einigen Bergarbeiterchaft kapitulieren müssen. Und was eine einige Bergarbeiterchaft zu erreichen vermag, das zeigt England, wo die geschlossene Arbeitseinstellung der heldenmütig ausharrenden Kohlengräber die ganze bürgerliche Gesellschaft erzittern läßt. H. B.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

Nach kurzem gewaltigen Ringen mußten die Bergarbeiter im Ruhrbecken den Kampf einstellen. Besseren Erfolg verspricht die Bewegung der Grubenproletariat im sächsischen Kohlenrevier. Hier können keine christlichen Verräter ihren streifenden Brüdern in den Rücken fallen, hier kommen nur Unorganisierte in Betracht, die zuverlässiger sind als die Höglinge von W.-Glabach. Im Deistergebiet in der Provinz Hannover ist der Stand des Streiks gleichfalls hoffnungsvoll, und im Lothringener Grubengebiet haben die Knappen den Erfolg bereits errungen. Im Saarrevier, in Ober-schlesien, Niederschlesien und im Waldenburger Bezirk ist die Bewegung noch nicht abgeschlossen.

Im englischen Kohlengräberstreik steht das Millionenheer der Arbeiter noch geschlossen im Kampf. Die Regierung sah sich gezwungen, ein Gesetz im Parlament einzubringen, das den Bergarbeitern einen Mindestlohn sichert. Daß das Gesetz im Unterhaus zur Annahme gelangt ist, veranlaßt die Arbeiter noch keineswegs, wieder in die Grube einzufahren. Sie begnügen sich nicht mit dem Grundsatz des Mindestlohnes, sondern sie bestehen auf der Festsetzung bestimmter Mindesttagelöhne. Mit berechtigtem Mißtrauen erfüllt die Bergarbeiter auch, daß das Gesetz die Errichtung von Schiedsämtern vorsieht, die zur Sicherung des Profits der Grubenbarone zu dienen haben.

In Frankreich ist in der Bergarbeiterbewegung nach dem 24 stündigen Demonstrationsgeneralstreik und einigen kleineren Grubenstreiks eine Pause eingetreten. In Osterreich und in Belgien hat die Bewegung noch keine bestimmten Formen angenommen, doch sind in diesen beiden Ländern auch bereits Streiks ausgebrochen. Ob der Generalstreik in den Vereinigten Staaten durch Verhandlungen noch vermieden werden kann, ist fraglich. Auf alle Fälle lehrt der bisherige Gang der Bewegung, daß die Kohlengräber ihr Ziel am ehesten durch ein internationales Vorgehen erreichen würden, so große Schwierigkeiten einem solchen auch entgegenstehen mögen. Daß nach dem jetzigen gewaltigen Ringen des Grubenproletariats fast aller großen kapitalistischen Länder alle Gewalten der kapitalistischen Staaten schußbereit bleiben, versteht sich. Jede Bergarbeiterbewegung größeren Stils erschüttert die kapitalistische Ordnung in ihrer Grundlage.

Die Aussperrung der Porzellanarbeiter ist beendet. Auf einer Zusammenkunft der Vertreter beider Parteien wurden Einigungsvorschläge gemacht, denen die Vertreter des Porzellanarbeiterverbandes zustimmten. Die Unternehmer aber schleppten die Verhandlungen hinaus und gaben der Arbeiterorganisation zunächst keine Antwort. Bei erneuten Verhandlungen gelang es nunmehr, die Grundlagen einer gegenseitigen Verständigung zu finden. Die von den Unternehmern dabei zugestandene Anerkennung des Koalitionsrechts besiegelt den Mißerfolg ihres Vorgehens.

Die angedrohte Aussperrung der Glasarbeiter in Weißwasser und Umgegend kam nicht zur Ausführung. Bei einer Firma hatten die Arbeiter wegen Lohnabzüge die Arbeit eingestellt. Der Unternehmerverband kündigte darauf in 15 Werken 351 Arbeitern. Der Glasarbeiterverband beschloß nunmehr, in allen Werken, wo Arbeitern die Aussperrung angedroht worden war, sollten auch die übrigen Arbeiter kündigen. Dieser Beschluß bewirkte, daß die Unternehmer sich zu Verhandlungen bereit erklärten. In einer Konferenz stimmten dann beide Parteien einem Tarif zu, der von einem Ausschuss ausgearbeitet worden war. Damit blieb die Aussperrung vermieden.

Ein Kampf ist in Singers Nähmaschinenfabrik in Wittenberge ausgebrochen. Die Maschinenformier hatten wegen Lohnstreitigkeiten die Arbeit eingestellt; die Direktion ist aber für die Arbeiter nicht zu sprechen, sondern sie kündigte über 1000 Arbeitern und Arbeiterinnen. Wir haben wiederholt unsere Leserinnen unterrichtet, daß in diesem großkapitalistischen Betrieb höchst verbesserungsbedürftige Arbeitsbedingungen herrschen. Der Kampf ist ein neuer Beweis dafür. Mögen das unsere Genossinnen nicht vergessen und zur Hebung der Lage ihrer hart ausgebeuteten Brüder ihre Pflicht tun. — Ein Streik der Fischereiarbeiterinnen in Geestemünde

wurde nach kurzer Dauer abgebrochen. Die Arbeiterinnen forderten für ihre schwere Arbeit in den Marinieranstalten, Fischbratereien und -räucherereien einen Stundenlohn von 28 Pf. Leider stellten sie den Streik schon nach wenigen Tagen ein, obwohl Ersatzkräfte sicher nicht so bald heranzuschaffen gewesen wären. Die unzulängliche Organisation und die mangelnde Disziplin der Arbeiterinnen machten dem Streik ein so schnelles Ende.

Der Streik auf den Schichtauwerften in Danzig und Elbing endete ergebnislos; die Beteiligung der Arbeiter war zu schwach, um etwas durchzusetzen.

Auch ohne Zuchthausgesetz kommen die Scharfmacher auf ihre Rechnung. In Insterburg wurde ein Maurer wegen Bedrohung eines Streikbrechers zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Maurer hatten über einen Bau die Sperre verhängt, auf dem einer ihrer Arbeitsbrüder gemahregelt worden war. Der Angeklagte soll nun einem Arbeitswilligen mit Prügelein gedroht haben. Und dafür 6 Monate Gefängnis! In der Urteilsbegründung wurde betont, der Streik wäre ohne Anlaß vom Baue gebrochen worden, es hätte sich um eine frivole Kraftprobe gehandelt und deshalb müsse für später ein warnendes Exempel statuiert werden. Von Rechts wegen! Immer häufiger zeigt sich, daß das „gemeine“ Recht ein Ausnahmegesetz entbehren kann. Es muß nur richtig verstanden und ausgelegt werden. Und darüber, was richtig ist, entscheiden die Interessen des ausbeutenden Geldsacks. Was diesem frommt ist richtig und recht. #

### 50000 weibliche Mitglieder im Deutschen Textilarbeiterverband.

„Wir fühlen von allen Seiten das Hochspritzen der Freiheit.“ (v. Puffenbers Streikbrecherschugrube im preussischen Herrenhaus, 12. März 1912.)

Einen bedeutsamen Abschnitt hat der Deutsche Textilarbeiterverband im Februar 1912 erreicht. In diesem Monat hat er das fünfzigste Tausend weiblicher Mitglieder überschritten. Ein Gefühl stolzer Freude und Genugtuung beseelt alle, die am schwierigen Werke unverzagt mitgewirkt haben. Es ist ein weiter Weg gewesen, den der Verband seit der Tagung von Bößneck, Ostern 1891, zurücklegen mußte, um das gemeldete Ergebnis zu erreichen. Und es ist oft ein rauher, mühseliger Weg gewesen. Aber er ist von dem Verband unbeirrt verfolgt worden. Der Erfolg ist nicht ausgeblieben.

Auf dem Kongress der Textilarbeiter zu Bößneck waren bereits fünf Vertreterinnen der Textilarbeiterinnen zugegen, und zwar je eine aus Apolda, Berlin und Forst, und zwei aus Gera. Die Fünf nahmen mit Feuereifer an der Befreiungsarbeit teil und suchten hauptsächlich die Arbeiterinnen für den Verband zu gewinnen und mit sozialistischem Geiste zu erfüllen. Aber die Erfolge waren nicht leicht. 1892 zählte der neugegründete Verband erst 620 weibliche Mitglieder. Auch im folgenden Jahrzehnt ging es nur langsam mit der Organisierung der Frauen vorwärts. Dann aber schien das Eis gebrochen, die Werbearbeit hatte zeitweise überraschende Erfolge. Die nachstehende Tabelle gibt über die Zunahme der weiblichen Mitglieder Aufschluß. Ihre Zahl betrug:

1892 . . . . .	620	1903 . . . . .	87020
1896 . . . . .	1429	1907 . . . . .	44277
1899 . . . . .	5832	1911 (III. Quartal) . . . . .	45521
1903 . . . . .	12040	1912 (Januar) . . . . .	48920
1905 . . . . .	20598	1912 (Februar) . . . . .	50108

Nicht immer ging es unaufhaltsam vorwärts. Nein, es gab Zeiten des Stillstandes und des Rückschlags. Aber schönere Erfolge ließen immer wieder geschlagene Bunden heilen. Ganz gewaltig war der Aufstieg der weiblichen Mitglieder von 1905 bis 1906. Die Zahlen, nackt und nüchtern, zeigen jedoch nicht den ganzen Erfolg. In den Zahlen stehen Leistungen, Aufopferung, Hingabe, steigende Solidarität und Schöpfung. Bei der Gründung des Verbandes wurde für die weiblichen Mitglieder nur ein Beitrag von 10 Pf. pro Woche festgesetzt. Die Generalversammlung von Bößneck beschloß eine Verdoppelung des Beitrags. Das war 1900. Mit dem 10 Pf.-Beitrag hatte der Verband im ersten Jahrzehnt seines Bestehens kaum 10000 weibliche Mitglieder erreicht. Der 20 Pf.-Beitrag galt bis 1906. Von da ab war es den weiblichen Mitgliedern möglich, die Staffelbeiträge zu zahlen wie die männlichen Mitglieder, und zwar bis zu 50 Pf. pro Woche. Gegenwärtig stellt sich der Beitrag auf 80 bis 60 Pf. pro Woche, und trotz dieser gestiegenen materiellen Leistungen hat die Zahl der weiblichen Mitglieder die gewaltige Höhe von 50000 erreicht.

Die weiblichen Mitglieder betätigen sich bei allen Aufgaben der Organisation. Zwei Kolleginnen sind seit einigen Jahren im Dienste des Verbandes angestellt, die Berufung einer dritten steht in den nächsten Wochen bevor. Mehr als 1000 weibliche Mitglieder befinden sich in ehrenamtlichen Stellungen in der Ver-

waltung oder in allerhand Kommissionen. Nicht von Anfang an verschafften sich die weiblichen Mitglieder die entsprechende Vertretung und Geltung. Auf den Generalversammlungen des Verbandes von 1900 bis 1906 waren alle die Tausende weiblicher Mitglieder durch männliche Delegierte mit vertreten. 1908 nahmen an der Generalversammlung drei weibliche Delegierte teil, und 1910 waren es ihrer zehn. Wenn es auch zutrifft, daß die Interessen aller Mitglieder des Verbandes durch jeden Delegierten vertreten werden können, sei es Frau oder Mann, vorausgesetzt, daß die erforderlichen Fähigkeiten vorhanden sind, so bekundet doch die steigende Zahl weiblicher Delegierter zweifellos wachsendes Verständnis der Arbeiterinnen für die Bedeutung und die Aufgaben der Organisation, und wachsende Schulung, um diese Aufgaben lösen zu helfen. Und das ist es, was alle, die mit Leib und Seele an der Sache hängen, mit so hoher Freude erfüllt.

50 000 organisierte Textilarbeiterinnen. Eine stolze Zahl! Doch nicht ganz eine von zehn der Ausgebeuteten im Textilgewerbe ist organisiert! Mehr als eine halbe Million Arbeitsschwester stehen uns in der Textilindustrie noch fern. Auch sie gilt es zu holen, sie einzureihen in unser Freiheitsheer. Zwar sind auch die 50 000 organisierten Arbeiterinnen nicht schwach. Etwa 80 bis 90 000 Arbeitsbrüder stehen neben ihnen. Doch um das Bollwerk ihrer Organisation unüberwindlich zu machen, so daß es auch den gewaltigsten Angriffen der Gegner troge, dazu bedarf es neuer, größerer Anstrengungen. Und wenn die 50 000 an das Werk gehen, agitieren und organisieren, so können ungeahnte Erfolge erzielt werden. Der Verband könnte für Hunderttausende der Arbeiterinnen der starke Schutz und Schild sein, der er heute für 50 000 von ihnen ist.

Die Einrichtungen des Verbandes dienen den Interessen der Arbeiterinnen. Kranken- und Wöchnerinnenunterstützung helfen über die Zeit schwerster Not hinweg, ebenso wie all die rein gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen. Das Ansehen der Arbeiterinnen ist dank der Organisation gestiegen. Seltener werden die pöbelhaften Anrempelungen durch ruppige „Vorgesetzte“. Man haßt die organisierte Arbeiterin, aber man achtet sie! Und da die Arbeiterinnen wissen, daß sie in dem Verband eine machtvolle Stütze besitzen, wirken sie kräftiger als früher für die Ausbreitung der Organisation.

50 000 weibliche Mitglieder als Stufe auf dem Wege zum Ziel! Im Juni 1912 ist die erste Generalversammlung des Verbandes in Stuttgart. Dorthin werden auch die 50 000 ihre Vertreter entsenden. Jetzt gilt es, an das Werk zu gehen. In der Organisation haben die Arbeiterinnen den „Befähigungsnachweis“ erbracht für die Mitarbeit, auch als Delegierte. Die bevorstehende Generalversammlung muß das bestätigen. Die steigende Schulung als Gewerkschafterinnen, als Kämpferinnen verdanken die Arbeiterinnen ernster Arbeit und fleißigem Studium. Als Mittel zur Belehrung gibt ihnen der Verband den „Textilarbeiter“ und die „Gleichheit“, letztere in mehr als 22 000 Exemplaren. Das Heer von 50 000 muß Stellung nehmen zur jetzt schon ausgeschriebenen Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. Von den gegen 150 zu vergebenden Mandaten sollten die weiblichen Mitglieder sich eine stattliche Anzahl erobern. Darum streift die Schen reiflos ab, ihr organisierten Schwestern. Sinein in die Versammlungen, schlägt befähigte Kolleginnen vor und wählt sie. Die Delegierung von etwa 50 Kolleginnen würde in der Textilarbeiterschaft freudigen Widerhall finden und die Agitation fruchtbar beleben. Noch eifriger als bisher würden unsere tätigen Mitarbeiterinnen ans Werk gehen, den Organisationsgedanken unter die freudenden Arbeiterinnen zu tragen. Unseren Gegnern ist die Organisation der Arbeiter ein Grauel, aber die der Arbeiterinnen erst recht! Schadet nichts! Wir wissen ja, warum. Die Arbeiterinnen sind zugleich die Mütter und Erzieherinnen unserer Kinder. Und darum die maßlose Angst der Gegner, die niemand besser begreift als wir. Die kapitalistische Gesellschaft hat zu viel des Frevels auf dem Ackerholz, und es steht zu viel für sie auf dem Spiel, als daß sie die Arbeiterklasse emporkommen lassen wollte zum Licht. In dem obenstehenden Ausspruch des Junkers v. Puttkamer atmet die Angst der Junker und Schlotbarone vor dem Erwachen des Proletariats. Organisierte Textilarbeiterinnen, ihr tapferen Fünfzigtausend, tut das eure. Sagt euch täglich: Wir fühlen das Hochspritzen der Freiheit, und ihr allein wollen wir dienen!

Wilhelm Köffel, Berlin.

Der Deutsche Holzarbeiterverband hat im Jahre 1911 gute Erfolge bei der Durchführung der Lohnbewegungen erzielt. Die Gesamtzahl der an den Lohnbewegungen Beteiligten erreichte zwar nicht ganz die Höhe des Vorjahres, in dem ja die größte der vier Tarifgruppen des Holzgewerbes zur Erneuerung gestanden hatte. Immerhin ist eine Beteiligungsziffer von 62 796 Personen noch recht ansehnlich. Von diesen Beteiligten waren 2713 Frauen.

Es ist dabei bemerkenswert, daß die Beteiligung der Arbeiterinnen an den Lohnbewegungen der Holzindustrie steigt, obschon diese noch verhältnismäßig wenig weibliche Arbeitskräfte verwendet. Im Jahre 1910 machten die Arbeiterinnen 8,7 Prozent, 1911 dagegen bereits 4,8 Prozent aller der an Lohnbewegungen Beteiligten aus. Man ersieht daraus, daß auch hier unsere Arbeitsschwester mehr und mehr aus ihrer Gleichgültigkeit erwachen, um sich an den Kämpfen des Tages zu beteiligen. Zugleich läßt sich aber feststellen, wie sich diese ihre Betätigung in der Organisation für die Arbeiterinnen lohnt. So erhielten dank der Kraft der Organisation allein 1650 Arbeiterinnen ihre Forderungen bewilligt, ohne daß sie zur Arbeitsniederlegung schreiten mußten. Diese Macht der Einigkeit macht sich natürlich ebenso bei den Männern geltend; von ihnen konnten 33 655 ihre Forderungen auf friedlichem Wege durchsetzen.

Von den 433 Lohnbewegungen, die zum Streik führten, wurden 291 mit ganzem und 51 mit teilweisem Erfolg beendet, während 79 für die Arbeiter verloren gingen. Die meisten Erfolge brachten die Angriffstreiks, von denen nur 9 Prozent ergebnislos verliefen, weil bei ihnen ja die Arbeiter den günstigsten Zeitpunkt für den Kampf auswählen konnten. Der Gesamterfolg des Jahres 1911 besteht in einer Arbeitszeitverkürzung von durchschnittlich 1,9 Wochenstunden für 44 819 Personen und in Lohnsteigerungen von 2,19 Mark im Wochen durchschnitt für 51 987 Arbeiter und Arbeiterinnen. Außerdem wurde noch eine Reihe anderer Verbesserungen der Arbeitsbedingungen erzielt, die sich nicht zahlenmäßig ausdrücken lassen. Dies Ergebnis wiegt die Kosten der Lohnkämpfe reichlich auf. Diese sind allerdings mit über 2½ Millionen Mark erheblich größer als im Vorjahr.

Mit dem Vordringen der Organisation in immer neue Gebiete und den zahlreichen Kämpfen nahm auch die Zahl der Verträge mit tariflich geregelten Arbeitsbedingungen ständig zu. Ende 1910 fielen unter die bestehenden 679 Tarifverträge 11 797 Betriebe mit 113 602 Beschäftigten. Im Berichtsjahr sind diese Zahlen gestiegen auf 948 Verträge mit 13 605 Betrieben und 131 831 Beschäftigten. Die Tarifverträge sind die Stufen, die der Organisation ihren weiteren Aufstieg erleichtern.

Das weit ausgebauten Unterstützungswesen des Verbandes ist im verfloffenen Jahre stark in Anspruch genommen worden. Aus Haupt- und Ortsklassen wurden rund 5 Millionen Mark für Unterstützungszwecke aufgewandt. Die Hälfte dieser Summe verschlangen die Lohnkämpfe; die Arbeitslosen erhielten 980 941 Mk., die Kranken 883 972 Mk., die Reisenden 121 746 Mk. Auf Sterbegeld entfielen 63 124 Mk., auf Unterstützung in besonderen Noisfällen 64 816 Mk., auf Umzüge 46 043 Mk., während der Rest für Gemahregelte und Rechtsschutzbedürftige verwandt wurde. Das Gesamtvermögen des Verbandes ist ein wenig gestiegen und beträgt nunmehr 5 086 582 Mk. Diese Summe bietet eine sichere Gewähr für die künftige erfolgreiche Durchführung der Verbandsaufgaben.

Unsere auf dem Boden des Klassenkampfes stehende Organisation, die ihre ganze Macht in den Dienst ihrer Mitglieder stellt, übt eine wachsende Anziehungskraft auf die dem Verband noch fernstehenden Berufsangehörigen aus. Das tritt besonders in Erscheinung gegenüber solchen Organisationen, die unter dem Deckmantel der Arbeiterfreundschaft Unternehmerinteressen vertreten. So hat der im liberalen Fahrwasser segelnde Hirsch-Dunderjohse Gewerbeverein fast alljährlich einen Rückgang der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Der christliche Holzarbeiterverband machte zwar verhältnismäßig Fortschritte, aber er hat es mit seinen angeblich 18 448 Mitgliedern noch nicht einmal auf die Zahl gebracht, um die der Deutsche Holzarbeiterverband in einem Jahre an Mitgliedern zunimmt. Der Deutsche Holzarbeiterverband hat im Jahre 1911 einen Zuwachs von 17 708 Mitgliedern erhalten und ist mit 182 750 Mitgliedern ins neue Jahr getreten. Die Zunahme beträgt beinahe 11 Prozent. Erfreulicherweise haben an diesem Aufschwung die weiblichen Mitglieder einen besonders hohen Anteil. Denn ihre Zahl ist um 28 Prozent gewachsen, und sie beträgt jetzt 6349 gegen 5040 im Vorjahr. Das zweite Hunderttausend seiner Mitgliederzahl voll zu machen, ist eines der Ziele des Verbandes im neuen Jahre.

Ik.

**Streiks und Aussperrungen im Schneidergewerbe.** Am 22. Februar begannen in Frankfurt a. M. die zentralen Verhandlungen über die in diesem Jahre gekündigten Tarifverträge der Herren- und Damenmaschneiderei. An den Verhandlungen nahmen außer den Hauptvorständen beider Parteien auch die Vertreter der

Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus den Städten teil, wo die letzteren in der Lohnbewegung stehen. Auf der Seite der Arbeiter waren neben dem Verband der Schneider auch der Hirsch-Dundersche Gewerksverein und der Christliche Verband vertreten. Die Einrichtung dieser zentralen Schlichtungsverhandlungen zum Ausgleich der am Orte nicht erledigten Streitpunkte hatte sich vier Jahre lang gut bewährt. Durch sie waren größere Kämpfe vermieden worden. In diesem Jahre aber hatte der Hauptvorstand des Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe bereits im voraus eine Zusammenkunft mit den Vertretern seiner beteiligten Ortsgruppen abgehalten. Hier wurden bestimmte Richtlinien festgesetzt, die nur ein geringes Entgegenkommen der Arbeitgeber in der Lohnfrage zuließen. In der Folge kamen bei den örtlichen Beratungen nur geringe Zugeständnisse für die Arbeiter heraus, und nur in wenigen Orten wurde eine Einigung erreicht.

Die zentralen Verhandlungen wurden am dritten Tage plötzlich ohne jede Veranlassung von dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes unterbrochen. Und das mit der Begründung, die Beratungen führten zu keinem Ziel, weil die Schwierigkeiten bei der Lösung der Lohnfrage zu groß seien. Den Arbeitervertretern legten die Herren ein Ultimatum vor, das eine durchschnittliche fünfprozentige Lohn-erhöhung zugestand. Der Prozentfuß der Aufbesserung sollte für einzelne Orte niedriger, für andere etwas höher sein. Doch die Orte zu nennen, in denen die Lohnerhöhung niedriger beziehungsweise höher als fünf Prozent sein sollte, lehnten die Arbeitgeber ab. Dagegen hatten sie von ihrem Hauptvorstand Auftrag, nach ihrem äußersten Angebot von Zugeständnissen die neuen Lohnsätze zusammenzustellen. Diese Zusammenstellung wurde den Vorständen der Gehilfenverbände überreicht mit der Bemerkung, daß sie nur als einheitliches Ganzes angenommen oder abgelehnt werden könne. Nach eingehender Prüfung erklärten die Vertreter der drei Gehilfenorganisationen, die Zugeständnisse seien nicht in allen Punkten und für alle Orte zureichend. Sie könnten das Angebot als Ganzes nicht annehmen. Sollten die Arbeitgeber bereit sein, auf dieser Grundlage mit den Vertretern der Arbeiter in den einzelnen Orten in weitere Verhandlungen zu treten, so seien die Arbeitnehmer dazu willig. Daraufhin erklärte der Vorstand des Arbeitgeberverbandes die Verhandlungen als gescheitert.

Die Gehilfenverbände beschloßen, am 1. März die Arbeit in den 80 Städten einzustellen, über die verhandelt worden war. Als Gegenschlag verkündete der Arbeitgeberverband, daß in seinen sämtlichen Ortsgruppen am 9. März die Arbeiterschaft ausgesperrt würde. Nach den bis jetzt vorliegenden Meldungen sind in 79 Städten ungefähr 7000 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt, von denen 6100 unserem Verband angehören. Folgende Ortsgruppen des Arbeitgeberverbandes haben nicht ausgesperrt: Baden-Waden, Berlin (Uniformschneider), Coblenz, Eisenach, Frankfurt a. D., Göttingen, Hagen i. W., Hamburg (Damenschneider), Hameln, Harburg, Heilbronn, Köln a. Rh. (Damenschneider), Lüneburg, Minden i. Hannover, Osnabrück, Potsdam (Uniformschneider), Saarbrücken, Salzwedel, Ulzen und Wiesbaden (Damenschneider).

Im Streik stehen in 27 Städten 7013 Arbeiter und 66 Arbeiterinnen. Davon sind in unserem Verband organisiert 6253 Arbeiter und alle kämpfenden 66 Arbeiterinnen. Dazu kommen 6992 männliche und 122 weibliche Mitglieder, die ausgesperrt sind. Insgesamt stehen also 13245 männliche und 188 weibliche Mitglieder unseres Verbandes zurzeit im Kampfe. Da außerdem der Hirsch-Dundersche Gewerksverein der Schneider und der Christliche Verband am Streik und an der Aussperrung beteiligt sind, so dürfte einschließlich einiger Unorganisierter die Gesamtzahl der Kämpfenden 15000 bis 16000 betragen. Die Zahl der Schneiderinnen unter ihnen ist deshalb so gering, weil die Damenschneidergeschäfte sich fast gar nicht an der Aussperrung beteiligt haben. Die Aussperrungen im Schneidergewerbe in den Jahren 1905 und 1907 hatten beinahe den gleichen Umfang.

Am 28. März ward der Vorstand des Arbeitgeberverbandes zum Staatsminister Dr. Delbrück geladen, um diesen über die Lage zu unterrichten. Am gleichen Tage wurde der Unterzeichnete von Ministerialdirektor Caspar darüber befragt, ob die von ihm vertretene Organisation zu Verhandlungen bereit sei, was selbstverständlich bejaht wurde. Der Ministerialdirektor erklärte, der Staatsminister werde sich an Herrn Dr. Hiller, Gewerbegerichts-Vorsitzenden in Frankfurt a. M. wenden, damit dieser die Vermittlung als Unparteiischer übernehme. Die Verhandlungen sollten am Dienstag, den 26. März beginnen. Herr Dr. Hiller ist der unparteiische Vorsitzende des Schiedsgerichts der Hauptvorstände für die Erledigung der Streitfälle, die sich aus den Tarifverträgen ergeben.

H. Stühmer.

### Ein gewerkschaftlicher Tarifkonflikt.

In der zweiten Hälfte des Februar fand in Berlin eine außerordentliche Tagung des Verbandes der Buch- und Steindruckereihilfsarbeiter und -arbeiterinnen statt, die das lebhafteste Interesse der Arbeiterorganisationen beanspruchte. Die genannte Gewerkschaft hatte zu einem Konflikt Stellung zu nehmen, der anlässlich des letzten Tarifabschlusses zwischen ihrer Leitung und der Ortsverwaltung der Berliner Zahlstelle ausgebrochen war. Der Verband wurde im Jahre 1898 mit 1200 Mitgliedern gegründet und vom Beginn an bis heute von einer Frau, Genossin Paula Thiede, geleitet. Er ist von Jahr zu Jahr kräftiger geworden; in allen bedeutenden Druckorten sind die Mehrzahl der Berufsangehörigen organisiert, und die Frauen machen die größere Hälfte der Verbandsmitglieder aus. Die Macht der Organisation ist entsprechend erstarkt, so daß sie wertvolle Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielen konnte. Da der Buchdruckerverband, die große Bruderverorganisation, schon seit 1896 mit den Unternehmern in einem Tarifverhältnis steht, wurde auch der Hilfsarbeiterverband naturgemäß auf Tarifabschlüsse hingewiesen.

Im Herbst 1906 trat in Leipzig eine Kommission zusammen, bestehend aus Unternehmern und Hilfspersonal, und vereinbarte als Grundlage eines Tarifs die „Allgemeinen Bestimmungen“. Diese ordneten die Arbeitsverhältnisse, die bisher, hauptsächlich in der Arbeitszeit, noch recht verschieden waren, sie gaben die Vorbedingungen für die örtlichen Lohnsätze und traten mit dem Januar 1907 in Kraft. Im Laufe der fünfjährigen Tarifperiode kamen auf dieser Grundlage in 20 Druckorten Tarifverträge zustande. Gewiß, daß die Verträge verschiedentlich auch Schattenseiten aufwiesen, aber ihre Vorteile waren so bedeutend, daß der Verbandstag zu Bremen 1910 sich einstimmig auf den Boden des Tarifvertrags stellte und den Verbandsvorstand mit der Vorarbeit zu seinem Aufbau betraute. Die Organisationsleitung kam diesem Auftrag gewissenhaft nach. Da erfolgte im Oktober 1911 die große Aussperrung im Steindruckergewerbe, die den Verband des Hilfspersonals außerordentlich in Mitleidenschaft zog. Der Abschluß des Kampfes stand noch nicht in Aussicht, als der Tarif für das Buchdruckerpersonal seinem Ende entgegen ging und man an seine Erneuerung denken mußte. Der Verband befand sich in einer sehr schwierigen Lage, hatte er doch fast sein ganzes Vermögen bei der Steindruckeraussperrung geopfert. Die Buchdruckunternehmer suchten sich seine pekuniäre Schwäche zunutze zu machen und schoben den Termin für die Tarifberatung immer wieder hinaus. Als es endlich doch zu Verhandlungen kam, wollten die Herren für Lohnaufbesserungen keine Garantien geben, versuchten aber dafür die Arbeitsverhältnisse zu verschlechtern. Eine Verständigung war unmöglich. Das Tarifamt der deutschen Buchdrucker erbot sich, als Einigungsamt zu fungieren, und hier kam es zu einem erneuten Tarifabschluß, der zur Ursache eines Konfliktes schwerster Art in der Hilfsarbeiterorganisation wurde. Vor Beginn der Verhandlungen erklärten alle anwesenden Hilfsarbeitervertreter dem Tarifamt, daß sie kompetent zum Abschluß des Tarifs seien und daß sie sich der Entscheidung der als Einigungsamt fungierenden Körperschaft fügen würden, falls die Verhandlungen abermals ganz oder teilweise scheitern sollten. Nach eingehender Beratung wurde ebenfalls einstimmig die Verpflichtung der Organisation für etwaigen Tarifbruch ihrer Mitglieder anerkannt. Die Verhandlungen brachten den Arbeiterinnen und Arbeitern Lohnerhöhungen von 6 bis 12 1/2 Prozent. Damit waren die Vertreter der Zahlstellen von Berlin und München einverstanden, sie weigerten sich, den Vertrag zu unterzeichnen, und waren der Meinung, daß die Hilfsarbeiter der von ihnen vertretenen Städte nun nicht an den Tarif gebunden sei. Die organisierten Münchener Hilfsarbeiter legten trotzdem die örtlichen Löhne auf der Grundlage fest, die das Tarifamt geschaffen hatte. Die Ortsverwaltung Berlin lehnte dagegen ab, mit den Prinzipalen über die entsprechende Festsetzung zu verhandeln. Die Berliner Unternehmer regelten nun einseitig die Löhne und riefen das Tarifamt als Einigungsamt an. Auch dieser Verhandlung blieben die Vertreter der Berliner Organisation fern. Um zu verhindern, daß das Tarifamt die von den Unternehmern festgesetzten Löhne für bindend erklärte, nahm der Verbandsvorstand im Interesse der Berliner Mitglieder die Verhandlungen auf. Seinem Eingreifen gelang es, daß fast alle von der Berliner Hilfsarbeiterorganisation geforderten Lohnpositionen anerkannt wurden, die zum Teil erheblich höher sind als die im Tarif festgelegten Grundlöhne. Der Vorsitzende der Berliner Ortsverwaltung, die sich freiwillig ausgeschaltet hatte, mußte zugeben, daß das Erreichte mit dem Ge-

forderten durchaus im Einklang stehe. Aber die Vorgänge hatten eine starke Reibung zwischen Ortsleitung und Verbandsleitung erzeugt, und sie kam nun dadurch zum Ausdruck, daß die erstere die Kompetenz des Verbandsvorstandes anzweifelte, für die Zahlstelle Berlin die Löhne mit den Unternehmern festzusetzen. Der Verbandsvorstand hatte die Berliner Mitglieder vor Schädigungen bewahrt, gut und nützlich war, was er für sie getan. Aber diese Seite der Dinge fand keine Beachtung. Ob der Verbandsvorstand es hätte tun dürfen, das war lediglich die Frage, um die der Zwist ging, der sich bald verschärfte. Die Berliner Zahlstelle verweigerte die Ablieferung der fälligen Quartalsbeiträge an den Verband. Um eine Abspaltung der Zahlstelle zu verhindern, berief der Verbandsvorstand einen außerordentlichen Verbandsstag ein und stellte seine Ämter zu dessen Verfügung. Der Vorsitzende der Berliner Ortsverwaltung ließ es an Bemühungen nicht fehlen, um den Verbandsstag gegen den Verbandsvorstand zu mobilisieren. Er reiste vor Zahlstelle zu Zahlstelle, und seine Auffassung fand hier und da ein Echo. So fehlte es nicht an Delegierten, die mit der Meinung zur Tagung kamen, daß der Verbandsvorstand seine Befugnisse überschritten und der Berliner Zahlstelle schnödes Unrecht angetan habe. Bei Vorbesprechungen wurde man sich darüber einig, daß der Sitz des Verbandes verlegt werden müsse und wie die vakant werdenden Vorstandsposten verteilt werden sollten. Der Erfolg der „Vorarbeit“ zeigte sich in der Zusammensetzung des Bureaus, das den Verbandsstag leiten sollte. Bisher waren alle Tagungen von der Verbandsvorsitzenden, Genossin L h e d e, geleitet worden. Diesmal aber wurde das Bureau aus den Gegnern des Verbandsvorstandes zusammengesetzt. Genosse L e g i e n, als Vertreter der Generalkommission, nagelte das Bestreben an, die Frau, unter deren Leitung sich der Verband seine heutige achtunggebende Stellung erobert habe, zu beseitigen, auch wenn ein Noh an ihren Platz gestellt werden müßte. Die Debatten klärten die Lage. Sie dämmten die Strömung zurück, die die Grundfesten des Verbandes zu erschüttern und die Früchte jahrzehntelanger Arbeit zu vernichten drohte. Mit Stimmenmehrheit stellte sich der Verbandsstag auf den Standpunkt, daß der Verbandsvorstand gar nicht anders handeln durfte, als er gehandelt hat. Wäre er anders verfahren, so hätten die Interessen der Mitglieder darunter gelitten. Dem Verbandsvorstand gebühre volle Anerkennung für sein Verhalten. Mit diesem Vertrauensvotum dürfte dem Verband der Weg für die nächste Zukunft gewiesen sein. **G e r t r u d L o b a h l.**

## Notizenteil.

### Dienstbotenfrage.

Auf der letzten Generalversammlung der Hausangestelltenorganisation Leipzig ergab leider der Jahresbericht für 1911, daß der Erfolg längst nicht der geleisteten Arbeit und den Ausgaben entsprach. Der Vorstand kam zu 18 Sitzungen zusammen. Durch 8 Versammlungen mit Vorträgen, 17 gesellige Veranstaltungen, darunter Ausflüge, Feste usw., wurde versucht, die Mitglieder für das Leben des Vereins zu interessieren und diesen in seinem Wachstum zu fördern. Die auf Wunsch eingeführten Nähabende sind wegen schwacher Beteiligung wieder aufgehoben worden. Die Gesamteinnahme betrug 829,36 Mk., die Gesamtausgabe 728,28 Mk., 1061 Beitragsmarken wurden verkauft, 45,45 Mk. Krankengeld ausbezahlt und 177,45 Mk. an die Hauptkasse abgeliefert. Durch Heirat, Fortzug und Ausschluss schieden 32 Mitglieder aus der Organisation aus, 50 traten ihr bei, so daß ihr jetzt 170 Hausangestellte angehören gegen 152 bei Beginn des Jahres. Die Generalversammlung wählte die bisherigen Vorstandsmitglieder wieder bis auf die ausscheidende Genossin **V a n g h o f f**, an deren Stelle Genossin **H a t t e n b a c h** getreten ist. Als Delegierte zum Verbandsstag wurde die Unterzeichnete gewählt. Die vielen Schwierigkeiten, mit denen die junge Dienstbotenorganisation zu kämpfen hat, machen es unseren Genossinnen zur dringenden Pflicht, ihr besondere Aufmerksamkeit und Unterstützung zuzuwenden. Auch die proletarischen Eltern sollten sich angelegen sein lassen, diese Organisation tatkräftig zu fördern. Sie müßten ihre dienenden Töchter, Ackerwandte und Freunde auf sie hinweisen und über ihre Vorteile aufklären. Das gleiche gilt von den gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeitern. Die meisten Hausangestellten werden durch ihre Arbeitsbedingungen in Vereinzeltung gehalten. Um so notwendiger ist es, daß in ihnen das Bewußtsein ihrer Klassensolidarität durch alle erweckt wird, die vom Geiste der sozialistischen Arbeiterbewegung erfüllt sind.

**A u g. H e n n i g**

## Frauenstimmrecht.

**I. K. Der zweite sozialdemokratische Frauentag in der Schweiz** nahm meistens einen gelungenen Verlauf. Mit bewundernswertem Eifer haben dieses Jahr besonders die kleineren Sektionen des Arbeiterinnenverbandes in enger Anlehnung an die Arbeiterunionsen prächtig verlaufene Demonstrationen für das Wahlrecht der Frauen in der Schweiz veranstaltet. Noch hat unsere politische Arbeiterinnenbewegung in einzelnen Landesgegenden nicht festen Fuß gefaßt, vorab in der welschen Schweiz. Das trat auch bei unserer Veranstaltung zutage. Mit Hilfe der Genossen, der zu äußerer und innerer Festigung und Kraft sich emporringenden sozialdemokratischen Partei wird mit der Zeit sich uns der Boden auch dort erschließen, wo uns die Frauen noch gleichgültig gegenüberstehen. Das unendlich Wertvolle für unsere Bewegung, das wir dank unermüdlischer Arbeit schon heute verzeichnen können, ist der ansehnliche Gewinn an eigenen agitatorischen Kräften, an Volkstrednerinnen, die aus dem Arbeiterinnenverband, dann aber hauptsächlich aus dem Textilarbeiterverband hervorgehen. Wir verfügen schon über ein ganzes Duzend geschulter Genossinnen, die mit Begeisterung und Opfermut in Wort und Tat eintreten für die hohen Ziele des Sozialismus. Der Ausblick in die Zukunft läßt uns befriedigt zurückschauen auf die mühselige und langwierige Kleinarbeit, welche uns die vergangenen drei Jahre in reichem Maße gebracht haben. Als nunmehr der sozialdemokratischen Partei der Schweiz festeingefügte Glieder, mit gleichen Pflichten und Rechten wie die Genossen, werden die Genossinnen unentwegt und beherzt ihren ausgebeuteten Schwestern voranschreiten im Kampfe gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung. Dieses einheitliche Willensstreben fand kräftigen Ausdruck durch unseren Frauentag. In allen Versammlungen gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die am 17. März 1912 an zahlreichen Schweizerorten veranstalteten öffentlichen Frauenkundgebungen fordern die politische Rechtsgleichheit der Staatsbürgerinnen mit den Staatsbürgern. In der Erkenntnis, daß die Entwicklung des Kapitalismus das soziale Leben umgestaltet, indem die Frau der Häuslichkeit entrissen und zur produktiven Arbeiterin umgewandelt wird; daß die Zahl der erwerbstätigen Frauen in Industrie, Handel und Gewerbe von Jahr zu Jahr mehr zunimmt als die weibliche Bevölkerung selbst; daß durch die Umgestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse mit den neuen Pflichten den Frauen auch neue Rechte zukommen, die den Rechten der Männer gleich sind; daß nur mit dem Besitz politischer Frauenrechte für die weibliche Arbeitskraft eine höhere Wertung eintritt, der eine höhere Entlohnung der männlichen Arbeiterschaft nachfolgt; daß durch das öffentliche Wirken der Frau im Staate eine Hebung der Lebenshaltung zu erwarten ist; daß einzig mit Hilfe des organisierten Frauenproletariats die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen dauernd beseitigt wird; daß unter den politischen Parteien die Sozialdemokratie allein für diese Ziele kämpft, beschließt der zweite schweizerische Frauentag: Die Vertreter der sozialdemokratischen Partei der Schweiz in den Behörden sind durch den nächsten Parteitag zu verpflichten, bei allen sich bietenden Gelegenheiten energisch einzutreten für das gleiche Stimm- und Wahlrecht der Frauen, wie es den Männern durch die Staatsverfassung gewährleistet ist.“ **M a r i e W a l t e r, Winterthur.**

**Vom Kampf um das Frauenwahlrecht in England.** In einer Demonstrationsversammlung für das Frauenwahlrecht, die kürzlich in London stattgefunden hat, erklärten sich die angesehensten Führer der „Arbeiterpartei“ entschieden für das allgemeine Wahlrecht aller Großjährigen ohne Unterschied des Geschlechts. Genosse **Mac Donald** meinte: Die Gegner der politischen Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts betrachten die Frauen nur vom Standpunkt ihrer Bequemlichkeit und Gelüste. Wir Sozialdemokraten wollen, daß unsere Frauen unsere Kameraden sind. Sie sollen nicht nur bei Wahlen für uns von Haus zu Haus gehen, um Stimmen zu werben und sonst für uns zu agitieren. Ihre rechtliche Stellung muß derart sein, daß die Kandidaten an die weibliche Intelligenz appellieren müssen, um gewählt zu werden. Die Arbeiterpartei wird mit aller Macht dafür eintreten, daß Frauen unter genau den gleichen Bedingungen wie die Männer das allgemeine Wahlrecht erhalten. Genosse **Mac Donald** wies die Spießbürgerlichen über die politische Untreue der Proletarierinnen zurück. Er sagte: „Das Maß von Klugheit und Geschick, das eine Frau aufwenden muß, um mit dem geringen Lohn ihres Mannes zu wirtschaften, kann dem Staate viel mehr Intelligenz und Erfahrung nutzbar machen als das der feingekleideten Westendame, die ihr Kind sofort einer Wärterin übergibt und es nachher in Pension schickt, weil sie sich nicht überwinden kann, es selbst aufzuziehen. Die Arbeiterfrau mit ihren Erfahrungen an Freuden und Sorgen

ist gerade diejenige, an die der Staat sich behufs Lösung seiner Aufgaben wenden soll." Den Gedanken eines Referendums über das Frauenwahlrecht lehnte unser Genosse ab und drohte, die Regierung müsse eventuell gestürzt werden, wenn sie in der Wahlrechtsfrage nicht nachgebe. Genosse Keir Hardie, einer der ältesten Verfechter der Frauenrechte, führte aus, die Frauen müßten die augenblickliche Gunst der politischen Lage benutzen, bei der Wahlrechtsreform gehe es um das Leben der Regierung. Jeder großjährigen Frau das Wahlrecht oder keiner Frau, das war der Kern der Ansprache des Genossen Crook. Genossin Macarthur betonte, daß das Frauenstimmrecht viele sozialen Reformen bedeute und Protest gegen den Krieg. Zur Annahme gelangte eine Resolution, die unter Aufhebung aller Beschränkungen des geltenden Wahlrechts ein allgemeines Stimmrecht für alle Großjährigen fordert und jedes bloße Männerwahlrecht als ungenügend ablehnt. Die Resolution entspricht den Beschlüssen des letzten Jahreskongresses der Arbeiterpartei zu Birmingham.

**Eine Reform des Wahlrechts der Frauen zu den preussischen Handelskammern** hat Befürwortung durch die Handelskammer Köln gefunden. Das einschlägige heutige Recht ist in Wirklichkeit nicht viel mehr als ein trügerischer Schein. Die Geschäftsinhaberinnen, denen das Wahlrecht zu den preussischen Handelskammern zusteht, dürfen nämlich nicht in Person ihre Stimme abgeben, müssen sich vielmehr durch einen männlichen Bevollmächtigten (Prokuristen) vertreten lassen. Die Wahl der Vertreter zu den Handelskammern erfolgt mittels Stimmzettels, geheim. Die wahlberechtigten Geschäftsinhaberinnen haben daher keine Sicherheit dafür, daß ihren Interessen und Forderungen entsprechend von den männlichen Bevollmächtigten abgestimmt wird. Es kann sich aber nicht darum handeln, diesen ihnen schädlichen Stand der Dinge durch einen Schritt nach rückwärts, zur Reaktion beseitigen zu wollen; nämlich durch die Aufhebung des geheimen Wahlrechts. Umgekehrt muß ein Schritt vorwärts zur Demokratie erfolgen: den Frauen ist die persönliche Stimmabgabe zuzuerkennen. Ein Mitglied der Kölner Handelskammer, Herr Eitel, ist dieser Auffassung gemäß vorgegangen. Er brachte bei der genannten Körperschaft einen Antrag ein, den Inhaberinnen eingetragener Firmen das aktive Wahlrecht zu den Handelskammern in eigener Person zu gewähren. Wie man sieht, ist der Antrag leider eine Halbheit geblieben. Herr Eitel hat davon abgesehen, für die Frauen auch die Wählbarkeit als Mitglieder der Handelskammern zu fordern, eine Schwächlichkeit das, die sich sachlich nicht rechtfertigen läßt. Die Kölner Handelskammer hat es trotzdem für nötig gefunden, diese Schwächlichkeit noch zu unterstreichen. Sie verwahrt sich nämlich feierlich dagegen, mit ihrer Zustimmung zu der erhobenen Forderung auch der Wählbarkeit der Frauen als Mitglieder der Handelskammer das Wort zu reden. Der deutsche Philister wackelt noch protestierend mit dem Kopf, wenn er die Schere hält, mit der er diesen um die Hälfte kürzen will. Die Handelskammer trat übrigens einstimmig dem Antrag Eitel bei und beschloß, den Deutschen Handelstag zu ersuchen, für eine entsprechende Ausgestaltung des preussischen Handelskammergesetzes einzutreten. In der Begründung heißt es, noch 1895 habe sich die Mehrzahl der Handelskammern gegen die geforderte Bestimmung ausgesprochen, da sie „dem System unserer Gesetzgebung“ widersprechen würde. Seitdem hätten sich jedoch die Anschauungen über die Stellung der Frau geändert, und das sei auch in Gesetzen zum Ausdruck gekommen. So im Bürgerlichen Gesetzbuch und im Handelsgesetzbuch, in der Gewerbeordnung, im Reichsvereinsgesetz usw. Den Frauen sei unter anderem die persönliche Stimmabgabe in den Innungen zuerkannt worden. Von der Neuerung dürfe man regere Wahlbeteiligung hoffen. Jetzt haben manche Geschäftsinhaberinnen sich nicht an den Wahlen beteiligt, weil sie zurückgewiesen wurden, wenn sie persönlich ihre Stimme abgeben wollten. Die persönliche Stimmabgabe werde das Interesse der Frauen an der Wahl heben.

**Eine Volksabstimmung über die Einführung des Frauenwahlrechts in vier Staaten der nordamerikanischen Union** soll in diesen zusammen mit der Abstimmung über die Präsidentschaftskandidatur erfolgen. Es sind das die Staaten Oregon, Wisconsin, Kansas und Nevada. In den Parlamenten von Oregon und Wisconsin hat die Forderung des Frauenwahlrechts wiederholt ein starkes Echo gefunden; in allen vier Staaten soll die Stimmung des Volkes der Neuerung günstig sein.

### Frauenbewegung.

Frauen auf technischen Hochschulen sind auch in Deutschland keine vereinzelt Erscheinungen mehr. Im Wintersemester 1911/12 wurden an solchen Bildungsanstalten insgesamt 878 Hörerinnen gezählt, unter denen sich allerdings nur 82 immatrikulierte

Studierende befanden, die übrigen waren Hospitantinnen. Die meisten Frauen folgten den Kurien der technischen Hochschule in Hannover, nämlich 549; in Darmstadt zählte man 200, in Karlsruhe 61, in Charlottenburg 85, in München 28, in Dresden 5.

### Schul- und Bildungswesen.

**Die Einführung des Fortbildungsschulunterrichts für weibliche kaufmännische Angestellte** hat der Gemeinderat in Bernburg (Anhalt) beschlossen. Der Unterricht umfaßt 6 Stunden in der Woche, wovon 5 Stunden auf den kaufmännischen und 1 Stunde auf den Haushaltungsschulunterricht entfallen. Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband hatte einen geharnischten Protest gegen diesen Fortschritt eingereicht. Er war diktiert von dem bekannten spießbürgerlichen Egoismus, mit dem die Herren „Deutschnationalen“ die Konkurrenz der weiblichen Handlungsangestellten fernzuhalten wännen. Unsere Genossen im Gemeinderat ließen der Bekundung mittelalterlichen Kastengeistes die gebührende Abfuhr zuteil werden. Sie hatten den Erfolg, daß dem Antrag auf obligatorische Einführung des erwähnten Unterrichtes mit großer Mehrheit zugestimmt wurde, während sich zuerst ein Teil der bürgerlichen Stadtväter mit der fakultativen Einrichtung begnügen wollte. G.

### Verschiedenes.

**Wenig tröstliche Ausichten für die Lebenshaltung der Arbeiterklasse in Baden.** Das Ministerium des Innern in Baden stellt die Ergebnisse der Viehzählung vom 1. Dezember 1911 fest. Die Statistik konstatiert im allgemeinen eine unerhebliche Zunahme des Rindviehbestandes von 0,20 Prozent. In Anbetracht der Futtermangel und der Maul- und Klauenseuche muß man damit zufrieden sein. Schlimm ist der erneute bedeutendere Rückgang der Kühe um 1,46 Prozent. Er läßt eine weitere Verteuerung des betreffenden Fleisches erwarten, die gerade die Kleinen Leute trifft, welche die höheren Preise für gutes Ochsenfleisch nicht zahlen können. Die Schweinezucht ist beträchtlich zurückgegangen. Die Zahl der Schweine hat sich um annähernd 3 Prozent vermindert. Dabei fällt besonders die starke Abnahme der Mutter Schweine auf und der unter ein halbes Jahr alten Ferkel. In der amtlichen Feststellung heißt es dazu wörtlich: „Die Schweinezucht ist demnach infolge der derzeitigen niederen Preise für Ferkel und wegen des geringen Ausfalls der Kartoffelernte bereits erheblich eingeschränkt worden, was für die weitere Fleischversorgung keine guten Ausichten eröffnet.“ „Keine guten Ausichten“, was anders besagt das für die breiten Massen als ein Anziehen der Preise, ein Einschränken des Verbrauchs an Fleisch, also schlechtere Ernährung mit ihren bösen Folgen! Denn die junckerliche Profitgier läßt nicht die Öffnung der Grenzen zu, die dem deutschen Volke billigeres Fleisch verschaffen würde. mg.

Zu dem am 12. Mai stattfindenden diesjährigen Frauentag erscheint wie im verflossenen Jahre eine Agitationszeitung für das

## Frauenwahlrecht.

Herausgegeben von Klara Zethin.  
16 Seiten im Format der Gleichheit.

Die Zeitung wird einen reichen Inhalt und eine Reihe guter Illustrationen bringen. Das Blatt soll der Agitation unter den breitesten Massen dienen.

Preis der Einzelnummer für den Wiederverkauf 10 Pfennig. Die Organisationen erhalten das Blatt zu den für die Gleichheit üblichen Bedingungen.

Bestellungen sind so bald als möglich, aber spätestens bis zum 12. April an die Expedition der Gleichheit, Stuttgart, Surtbachstraße 12, einzusenden.

Genossinnen! Sorgt für die Massenerweiterung eurer Wahlrechtszeitung!

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Klara Zethin (Gundel), Wilhelmshöhe, Post Fegerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. G. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.